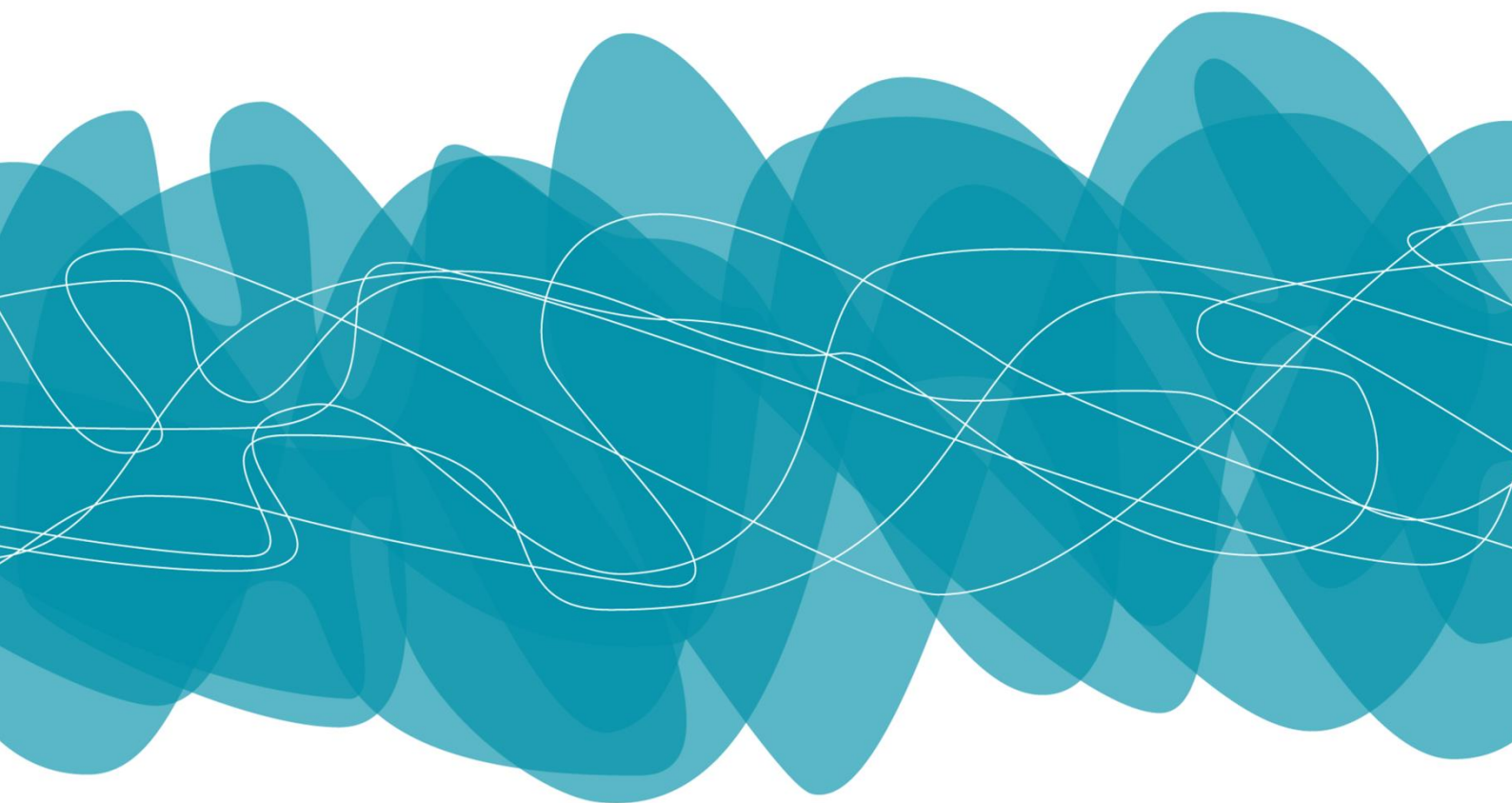




Zukunftsdossier No. 3a

ALTERNATIVE WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSKONZEPTE

2. und erweiterte Auflage



Impressum

Die Reihe „Zukunftsdossiers“ im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bietet interessierten LeserInnen in kompakter Form Wissen über zukunftsrelevante Themen. Das Zukunftsdossier „Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte“ erschien im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ anlässlich der 2. Internationalen Konferenz „Growth in Transition“ im Oktober 2012. Nähere Informationen finden Sie unter www.wachstumimwandel.at.

Die erste Auflage dieses Dossiers wurde von Elke Pirgmaier vom Sustainable Europe Research Institute (SERI) im September 2012 erstellt, unter Mitwirkung von Julia Gruber. Seit diesem Zeitpunkt hat sich im Bereich alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte einiges getan, deshalb wurden die neuesten Entwicklungen ergänzt und eine zweite erweiterte Auflage des Dossiers publiziert. Die Überarbeitung des Dossiers wurde von Stefanie Gerold und Andrea Stocker durchgeführt.

SERI ist wissenschaftlicher Partner der Initiative „Wachstum im Wandel“ und zählt zu Österreichs führenden Instituten für Nachhaltigkeitsforschung und -kommunikation.

Wachstum im Wandel ist eine Initiative, die Menschen aus Institutionen, Organisationen und Unternehmen dazu einlädt, sich mit Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität auseinanderzusetzen. Vom österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ins Leben gerufen, wird die Initiative von mehr als 20 Partnerorganisationen, darunter Ministerien, Landesregierungen, Interessensvertretungen, Unternehmen, Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen.
www.wachstumimwandel.at



Kontakt: andrea.stocker@seri.at

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Sektion I, Umwelt und Klimaschutz, Abteilung I/2 – Energie- und Wirtschaftspolitik (Leitung: Martina Schuster); Abteilung EU-Koordination Umwelt (Leitung: Elisabeth Freytag-Rigler), Stubenbastei 5, 1010 Wien.

Kontakt: Caroline.Vogl-Lang@bmlfuw.gv.at

Die in den Zukunftsdossiers vertretenen Meinungen der AutorInnen sind nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Layout: Gerda Palmetshofer

Erscheinungsjahr der ersten Auflage: Oktober 2012

Erscheinungsjahr der zweiten, erweiterten Auflage: Dezember 2015

Alle Rechte vorbehalten.

Zusammenfassung.....	6
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen	7
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen	15
Green Growth, Green Economy, Green New Deal – Der Weg aus der Krise ist grün	15
Europa 2020 – Die europäische Wachstumsstrategie.....	19
Die Blue Economy – 100 von der Natur inspirierte Innovationen.....	22
Kreislaufwirtschaft.....	24
Faktor X – Die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs um ein x-faches	28
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen, die Wachstumsabhängigkeit zu verringern	31
Steady State Economy – Die optimale Größe der Wirtschaft.....	31
Degrowth – Gesund schrumpfen als Weg aus der Krise	34
Postwachstumsgesellschaft – Die Renaissance der Wachstumskritik	37
Kapitalismuskritik – Forderung nach einem umfassenden Systemwechsel.....	41
Soziale Innovationen und Mentale Infrastrukturen.....	44
Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken.....	46
Buen Vivir und Post-Extraktivismus – Aufbruchsstimmung in den Andenstaaten	46
Gemeinwohl-Ökonomie – Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft	49
Solidarische Ökonomie – Menschen im Mittelpunkt.....	52
Feministische Perspektive und (Re)Produktivität	55
Transition Bewegung – Aufbruch ins Post-Öl-Zeitalter	57
Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt	59
Beyond GDP.....	60
Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission.....	61
Measuring the Progress of Societies.....	62
OECD Better Life Initiative	63
Eurostat: Messung der Lebensqualität	64
Weltwirtschaftsforum: Index zu nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit	65
Ökosozielles Europaradar	66
Enquete-Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität.....	67
Wie geht's Österreich?.....	68
Österreich: Mehr als Wachstum	69
MONE: Monitoring nachhaltiger Entwicklung in Österreich	70
Messung von subjektivem Wohlbefinden in Großbritannien.....	71
Italien: Initiative zur Messung von Fortschritt.....	72
Indicator: ein Indikatorenset für sozialen Fortschritt	73
Die Messung des Bruttonationalglücks in Bhutan.....	74
Synthese.....	75

Vorwort 1. Auflage

Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheuren Ungeziefer verwandelt... Franz Kafka beschreibt in „Die Verwandlung“ die Geschichte eines Mannes, der seine Metamorphose zuerst nur für vorübergehend hält und sich dann aber langsam auf die Konsequenzen seiner Verwandlung einstellt. Man könnte sagen, Kafka beschreibt in seiner Erzählung eine soziale Utopie. Die Schaffung von sozialen Utopien findet sich nicht nur in der Literatur wieder, sondern auch im ganz normalen Leben. Viele Menschen diskutieren Auswege aus multiplen Krisenphänomenen. Sie sind sich einig, dass das derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bröckelt und im Wandel begriffen ist. Klimawandel, Artensterben, demographische Verschiebungen und die Verschuldungs- und Währungskrise machen immer klarer: so wie bisher wird es nicht mehr lange weitergehen. Und so wie die Zweifel am „alten System“ wachsen, sprießen die Ideen für alternative Modelle. Der Suchprozess nach Alternativen zum derzeitigen Wirtschafts- und Lebensmodell hat begonnen!

Dieses Zukunftsossier gibt interessierten LeserInnen beispielhafte Einblicke, welche alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte es im Gegensatz zum oft behaupteten Mangel an Alternativen gibt. Viele Konzepte und Ideen für andere Formen des Lebens und Wirtschaftens liegen bereits in der Schublade oder werden in der Praxis erprobt. Sie alle zeigen, dass es auch anders geht. Die folgenden Abschnitte illustrieren, dass das Spektrum an vorgeschlagenen Alternativen mehr oder weniger utopische Züge annimmt – die Vorschläge reichen von Teilkorrekturen des Systems bis zur Verwerfung des kapitalistischen Systems als Ganzes. So wird über die Begründung der Wirtschaft diskutiert, über Postwachstums-Gesellschaften oder ein Gesund-schrumpfen, bis hin zu solidarischen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen. Auch wenn sich die Vor- und Nachdenker der vorgestellten Ansätze teilweise deutlich in ihren Vorschlägen unterscheiden, verdeutlichen sie alle, dass UnternehmerInnen, AktivistInnen, WissenschaftlerInnen, Einzelpersonen oder kollektive Zusammenschlüsse schon heute an einer enkeltauglichen Zukunft werkeln.

Diese Lektüre soll Orientierung anbieten und Menschen ermutigen, sich aktiv am gesellschaftlichen Veränderungsprozess zu beteiligen. Wachstum im Wandel lädt ein zum Dialog!

Erst habe ich gemerkt,
wie das Leben ist.
Und dann habe ich
verstanden, warum es
so ist, und dann habe
ich begriffen, warum es
nicht anders sein kann.
Und doch möchte ich,
dass es anders wird.

Kurt Tucholsky

Vorwort 2. Auflage

Seit der ersten Auflage dieses Dossiers hat sich einiges im Bereich alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte getan. Die Suche nach einem anderen Weg, der eine Steigerung der Lebensqualität und des Wohlbefindens der Menschen ermöglicht und gleichzeitig die physikalischen Grenzen unseres Planeten respektiert, ist jedoch die gleiche geblieben.

Die zahlreichen Entwicklungen der letzten Jahre haben schließlich den Anstoß für eine Neuauflage dieses Dossiers gegeben. Nicht nur haben sich Änderungen auf EU-Ebene oder bei Initiativen zur alternativen Wohlbefindensmessung ergeben; auch in der wissenschaftlichen Debatte um alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte zeichnen sich einige neue Tendenzen ab. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wurde nicht nur der bisherige Text überarbeitet und aktualisiert, sondern auch drei neue Kapitel ergänzt.

Zusammenfassung

Dieses Zukunftsdossier beschreibt verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, die alle ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen zu erhöhen und dabei gleichzeitig innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten zu bleiben. Die folgenden Beschreibungen von alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten sind in drei Gruppen gegliedert:

- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen,
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern,
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken.

Als abschließender Exkurs bietet dieses Dossier einen Überblick über neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen

Schlagwörter

Energie- und Ressourceneffizienz, Öko-Innovationen, Umwelttechnologien, Entkopplung, nachhaltige Entwicklung, Ökosystemdienstleistungen, Naturkapital-Ansatz, Umwelt- und Ressourcenökonomie, grünes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, Green Economy, Kreislaufwirtschaft

Im aktuellen Umweltdiskurs ist häufig von Wirtschaftswachstum mit neuen Attributen die Rede – grün, nachhaltig, inklusiv, intelligent. Sogar vom Goldenen Wachstum ist die Rede. Hinter diesen Strategien steckt das Konzept der **ökologischen Modernisierung**. ProponentInnen dieses Ansatzes gehen von der Annahme aus, dass wirtschaftliche Entwicklung und Umweltziele Hand in Hand gehen können und die Wirtschaft durch die Verfolgung von Umweltzielen profitiert. Durch technologischen Fortschritt soll eine **Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung** erreicht werden. Ein effizienterer Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie gilt dabei als Kernstrategie und Quelle für wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftswachstum wird als wünschenswert und notwendig betrachtet für den Wohlstand und Fortschritt der Gesellschaft. Markt- und Preismechanismen gelten als Grundvoraussetzung für ein gut funktionierendes, effizientes und wettbewerbsfähiges Wirtschaftssystem. Die grüne Modernisierung der Wirtschaft setzt auf **innovativen Strukturwandel**, ohne aber die kapitalistische Logik von Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit zu verändern. Durch Pläne für nachhaltiges oder grünes Wachstum sollen nicht-nachhaltige Trends in wirtschaftliche Vorteile umgemünzt werden. Ausgehend von den frühen 1980ern hat das Konzept vor allem bei EntscheidungsträgerInnen in der Politik und öffentlichen Verwaltung im Zuge der **Green-Economy-Debatte** der letzten Jahre Aufwind bekommen. In der Wissenschaft dominiert dieser Diskurs die Umwelt- und Ressourcenökonomie.

Die Hoffnungen in den **grünen Kapitalismus** sind auch einer stärker werdenden Kritik ausgesetzt. Es wird bemängelt, dass die neuen Vorschläge innerhalb der **neoliberalen Wirtschaftslogik** bleiben und damit bestehende Konsum- und Produktionsweisen nicht hinterfragt würden. Das inhärente Streben nach Profit und Wettbewerbsvorteilen und die Fokussierung auf „freie Märkte“ und den Preismechanismus verhindere umfassende Lösungen für soziale und ökologische Probleme. Die Vorschläge seien zudem zu technokratisch und gingen zu wenig auf die Gesellschaft ein, und sie ignorieren bestehende Machtstrukturen – spe-

Klimaschutz und
Wirtschaftskrise
sind vereinbar

Kritik am
grünen Kapitalismus

ziell in der Politik, auf Finanzmärkten und in multinationalen Unternehmen. In diesem Sinne könnten falsche Hoffnungen geschürt werden und Alternativen eher verdrängen als fördern (Brand, 2012). Zusätzlich ist die empirische Evidenz für absolute Entkopplung mehr als mager. Ganz im Gegenteil führen Effizienzverbesserungen durch technologische Lösungen häufig zu Rebound-Effekten, die Umweltprobleme zunehmend verschärfen.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern

Schlagwörter

Grenzen des Wachstums, Postwachstumsgesellschaft, Postwachstumsökonomie, Steady State Economy, Degrowth-Bewegung, Suffizienz, Downsizing, Voluntary Simplicity, Ökologische Ökonomie, Kapitalismuskritik, Mentale Infrastrukturen, Soziale Innovationen

Was passiert, wenn Plan A – nämlich die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch – nicht aufgeht? Die Befürworter von wachstumskritischen Ansätzen haken in dieser Frage ein und argumentieren, dass **hohe BIP-Wachstumsraten** in den entwickelten Ökonomien heutzutage aus moralischen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen **weder möglich noch wünschenswert** seien. Aus einem Vorsichtsprinzip heraus sei eine Debatte nötig wie eine Wirtschaft ohne Wachstum trotzdem gut – oder sogar besser – funktionieren könnte.

Der Fokus auf Wirtschaftswachstum als Ziel führt zum ökologischen und sozialen Kollaps.

WachstumskritikerInnen machen das hohe materielle Konsumniveau („**overconsumption**“), das für eine auf Wachstum getrimmte Wirtschaft nötig ist, für eine Reihe von sozialen und ökologischen Problemen verantwortlich. **Wachstum** sei nicht mehr Teil der Lösung von Umweltproblemen und Armutsbekämpfung sondern **Teil des Problems** geworden. VertreterInnen von Postwachstums-, Steady-State- oder Degrowth-Ideen rufen zur Abkehr von sinnleerem und ressourcen-verschwendendem Konsum auf und betonen die Vorzüge von einem suffizienten Leben. Durch diese Vorgangsweise erhoffen sich die BefürworterInnen eine doppelte Dividende: einerseits sollen durch weniger Konsum und weniger Erwerbsarbeit die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen steigen, und andererseits negative Umweltauswirkungen abgefedert werden. Während das Problemlösungspotenzial technischer Lösungen angezweifelt wird, werden vor allem soziale Innovationen propagiert, die auf individuellen Verhaltensänderungen basieren und die Überwindung kapitalistischer Strukturen ermöglichen.

Neben dieser eher individualistischen Perspektive sehen kapitalismuskritische Strömungen die Ursache der ökologischen Krise im kapitalistisch-modernen Gesellschaftssystem und fordern daher eine umfassende gesellschaftliche Transformation, z. B. den Abbau von Marktmechanismen oder die Reduktion von Machtverhältnissen.

Da weniger Konsum durch wachstumsinhärente Dynamiken unter gegebenen Rahmenbedingungen zu großen wirtschaftlichen Problemen führt, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit oder Staatsverschuldung,

arbeiten WachstumskritikerInnen an alternativen Modellen, wie es sich in einer Wirtschaft mit wenig oder keinem Wachstum trotzdem gut leben lässt.

Wachstumskritische Diskussionen werden von „Mainstream“-ÖkonomenInnen, PolitikerInnen und UnternehmerInnen kaum ernst genommen. Sie werden häufig als akademische, intellektuelle Diskussionen der grünen Mittelschicht abgetan, die weder glaubwürdig, noch politisch mehrheitsfähig wären. Die PostmaterialistInnen in ihrem Elfenbeinturm wären naiv zu denken, dass man Wachstum bremsen und begrenzen könnte und die internationalen Konsequenzen der vorgeschlagenen Strategien wären zu wenig durchdacht und ausgereift. Zudem gäbe es keine Evidenz für stabilisierende Wirkungen der Wirtschaft ohne Wachstum, die ein größeres soziales Experiment rechtfertigen würden. Es könnte zu einer unkontrollierbaren Abwärtsspirale kommen, die es tunlichst zu vermeiden gilt. Insgesamt scheint es zu früh zu sein für eine Postwachstumsgesellschaft. Der Paradigmenwechsel „beyond-growth“ sei nicht in Sicht, weil die bisherigen Szenarien in viele kritische Fragen münden.

Kritik an der
Wachstumskritik

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken

Schlagwörter

Das gute Leben, Buen Vivir, Post-Extraktivismus, Wohlbefinden, Lebensqualität, menschliche Bedürfnisse, Capabilities-Ansatz, Suffizienz, Commons, Gemeinwohl-Ökonomie, solidarisch wirtschaften, (Re-)Produktivität, Vorsorgendes Wirtschaften, Transition Towns

Bei diesen Ansätzen geht es im Kern um eine Rückbesinnung auf menschliche Werte und Bedürfnisse. Nach dem Motto „die Wirtschaft ist für die Menschen da“ werden unterschiedliche Wege beschritten – häufig in der bewussten Abwesenheit von Markt und Staat – die Nutzen für die beteiligten Menschen stiften. Gewinnstreben und Konkurrenz weichen Grundsätzen wie gemeinschaftlichem Wirtschaften und **Kooperation**. Die **Vielfalt von unterschiedlichen Ausprägungen** ist groß, weil Menschen im Kollektiv aushandeln, in welcher Form sie gemeinschaftlich Wirtschaften möchten. Beispiele reichen von genossenschaftlich organisierten Zusammenschlüssen, über regionale Direktvermarkter und Komplementärwährungen, bis hin zur Gemeinwohl-Ökonomie und der süd-amerikanischen Debatte über das Gute Leben. Diese Ansätze fußen häufig in der Kritik, dass weite Bereiche des Lebens kommerzialisiert sind und zu sinnentleerten Tätigkeiten führen. Die feministische Perspektive zeigt auf, dass jedoch nur diese marktwirtschaftlichen Prozesse als produktiv betrachtet werden, während Natur und Nicht-Erwerbsarbeit nur geringe gesellschaftliche Anerkennung finden – obwohl diese Bereiche fundamental für das Funktionieren ökonomischer Prozesse sind.

Alternativ wirtschaftende „Inseln des Widerstandes“ richten sich häufig gegen vorherrschende Wirtschafts- und Machtstrukturen und/oder ein mutmaßliches Untätigsein von politischen EntscheidungsträgerInnen. Im Gegensatz dazu geht es bei diesen Ansätzen darum, **Gemeinschaft zu stärken** und **meist lokal oder regional** im Rahmen von kollektiven Aktionen zu konsumieren und produzieren. Und Freude an einer sinnvollen gemeinsamen Arbeit zu haben!

Was so blumig und progressiv klingt, ist auch einer Kritik ausgesetzt. KritikerInnen von Bottom-Up-Ansätzen führen beispielsweise an, dass Projekte häufig wenig strukturiert seien. Das kann dazu führen, dass sehr ineffizient und unpraktisch gewirtschaftet wird. Zudem könnten Fortschritte und Veränderungen oft nicht messbar und vergleichbar gemacht werden, was helfen würde, um alternative Wirtschaftsformen auf einer breiteren Basis attraktiv zu machen. Auf dieser Grundlage sei

Vielfältige Bausteine
des guten Lebens

Kritik an lokalen
Bottom-Up-Ansätzen

zweifelhaft, ob diese Perspektiven aus ihrem Nischendasein hervortreten und politische Gestaltungskraft gewinnen können. Die häufig proklamierten lokalen Wirtschaftskreisläufe werden häufig als Anti-Globalisierungstendenzen und Rückschritt ausgelegt, die durch weniger Arbeitsteilung und ineffizienteres Wirtschaften zu einer Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen führen würden und damit weder mehrheitsfähig noch wünschenswert wären. Zudem sei die gemalte Vision einer glücklichen Subsistenzwirtschaft illusorisch, weil nur ganz wenige lokale Alternativwirtschaften ihre Bedürfnisse ohne globale Versorgungsmuster erfüllen könnten.

Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt

Schlagwörter

Beyond GDP, Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, OECD „How's Life“ und „Your Better Life“ Initiative, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, ökologische und soziale Indikatoren, Messung von Lebensqualität und -zufriedenheit, umweltökonomische Gesamtrechnungen

Nach den Beschreibungen von alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten bietet der letzte Abschnitt dieses Dossiers einen Exkurs über die aktuelle Debatte, wie Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden können. Lange Zeit wurde das BIP als primärer Indikator für Wohlstand und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt herangezogen. Heute besteht in der Wissenschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft Konsens darüber, dass das BIP als Schlüsselindikator für die Erklärung von gesellschaftlichem Fortschritt klare Grenzen hat. Steigende Wachstumsraten gehen nicht länger notwendigerweise mit einer Verbesserung der Lebensqualität einher. Das BIP lässt viele Faktoren außer Acht, die für Lebensqualität eine große Rolle spielen, z. B. Sicherheit, Freizeit, Einkommensverteilung oder eine intakte Umwelt.

Die aktuelle Messungsdebatte fokussiert auf Fragen wie: **Wie hängen Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden zusammen?** Was sind die Hauptdeterminanten von Lebensqualität? Verbessert sich unsere Lebenssituation überhaupt noch? Wie schauen wohlstandsschaffende und -erhaltende Potentiale für die Zukunft aus? Ist unser Wohlstand nachhaltig? Wie kann eine Langfristperspektive in Umfragen integriert werden? Verschiedene Initiativen stellen sich diese und ähnliche Fragen, um herauszufinden, wie gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden kann als durch das BIP. Die Messungsdebatte hat auch die UN erreicht. Das Abschlussdokument der Rio+20 Weltkonferenz, die im Juni 2012 stattfand, greift die Diskussion in Artikel 38 auf und erteilt dem statistischen Apparat der UN einen klaren Arbeitsauftrag, sich an der umfassenderen Wohlstands- und Fortschrittmessung zu beteiligen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, die in diesem Dossier in den nächsten Abschnitten beschrieben sind.

Wohlstand und Fortschritt
umfassender messen

Überblick über alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte

	Ziel/Vision	VertreterInnen	Perspektive	Ansatz
Green Economy	Ein grüner Umbau der Wirtschaft führt zu nachhaltiger Entwicklung	UNEP, OECD, UNIDO	national und international	politisch
Europa 2020	Entkopplung ist durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum möglich	Europäische Kommission, Europäischer Rat	Europäische Union	politisch
Blue Economy	Die innovative Nutzung von Ressourcen und Abfällen führt zu einer prosperierenden Zero Emission Economy	Gunter Pauli, Blue Economy Institut, Blue Economy Alliance	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Kreislaufwirtschaft, Cradle to Cradle	Geschlossene Materialkreisläufe machen „intelligente Verschwendung“ möglich	Europäische Kommission, Ellen MacArthur Foundation, Michael Braungart, William McDonough	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Faktor X	Mehr Wohlstand aus weniger Natur durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität - um den Faktor X	Friedrich Schmidt-Bleek, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Faktor X Institut	auf der Ebene von Produkten, Dienstleistungen, Unternehmen, national	Politisch, wissenschaftlich, unternehmerisch
Steady State Economy	Wirtschaftliche Entwicklung auf einem optimalen physischen Niveau	Herman E. Daly	global	wissenschaftlich
Degrowth	Gesund schrumpfen der Wirtschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Wohlbefinden	viele AktivistInnen und WissenschaftlerInnen	lokal bis global	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Postwachstums-gesellschaft	Eine Wirtschaft, die auch ohne Wachstum zu hoher Lebensqualität innerhalb ökologischer Grenzen führt	Tim Jackson, Niko Paech, Peter Victor	national	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Kapitalismuskritik	Forderung nach einem Systemwechsel	Ulrich Brand, Saral Sarko, Rudolf Bahro	global	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Soziale Innovationen und Mentale Infrastrukturen	Neue Leitvorstellungen und Lebensentwürfe	Harald Welzer	lokal	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Buen Vivir und Post-Extraktivismus	Entwicklungsmodell, das zu einem guten Leben führt	Alberto Acosta, Eduardo Gudynas	Südamerika, v.a. Ecuador und Bolivien	wissenschaftlich, politisch, zivilgesellschaftlich
Gemeinwohl-Ökonomie	Wirtschaft, die auf gemeinwohlorientierten Grundsätzen basiert	Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie, 1.700 Unternehmen	global	zivilgesellschaftlich
Solidarische Ökonomie	Die Vielfalt von basisdemokratisch und bedürfnisorientierten Wirtschaftsformen leben	Viele AkteurInnen	meist lokal	selbstorganisiert zivilgesellschaftlich,
Feministische Perspektive und (Re)Produktivität	Einheit von Produktion und Reproduktion	Adelheid Biesecker, Sabine Hofmeister, Frigga Haug	lokal	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Transition Bewegung	Lokale resiliente und autarke Gemeinschaften gemeinsam aufbauen	Rob Hopkins, Naresh Giangrande, Louise Rooney	lokal, regional	zivilgesellschaftlich

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen

Green Growth, Green Economy, Green New Deal – Der Weg aus der Krise ist grün

Steckbrief

Durch einen grünen Umbau der Wirtschaft sollen Win-win-Situationen erreicht werden: die Reduktion von Armut, die Stärkung von Wirtschaftswachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und ökologische Nachhaltigkeit.

VertreterInnen: UNEP, OECD, UNIDO

Perspektive: National und international

Ansatz: Politisch

Seit Beginn der Krise 2007 ist das Credo der aktuellen politischen Diskussionen vor allem „grün“. Green New Deal, Green Economy und Green Growth sind eng miteinander verknüpfte Konzepte, in denen es im Kern um einen **grünen Umbau der Wirtschaft** geht. Diese Konzepte zielen auf eine Veränderung von politischen Rahmenbedingungen ab, um die Finanz-, Wirtschafts- und Ökologiekrise in **Win-win-Situationen** zu verwandeln. Sie begreifen **die Krise als Chance** und sind auf einem guten Weg, in der politischen Arena zum neuen Mainstream zu werden. Viele PolitikerInnen und politiknahe Institutionen beziehen sich auf das neue Wirtschaftsparadigma, das nachhaltige Entwicklung (endlich) konkreter machen soll.

Jahrzehntelang ging es uns vor allem ums Schützen, Aufräumen und Saubermachen; [...] Das reicht aber nicht mehr. Wir werden Ökologie und Ökonomie ganz neu verbinden müssen.

Achim Steiner,

UNEP Executive Director

Der **Green New Deal** geht in seiner ursprünglichen Form auf US Präsident Roosevelt zurück. Roosevelt schnürte in den 1930ern unter dem Titel „New Deal“ ein massiv öffentlich finanziertes Konjunkturpaket, um die Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Wie sich im Nachhinein zeigte: mit Erfolg. In Anlehnung an den New Deal bezeichnet der Green New Deal **grüne Konjunkturprogramme**, die auf einen strukturellen Umbau der Wirtschaft gerichtet sind. Die Idee ist, durch öffentlich angestoßene Investitionen in Schlüsselsektoren gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln, **Green Jobs** zu schaffen, und den Klimawandel und drohende Ressourcenengpässe zu mindern. Zu grünen Investitionen zählen beispielsweise energieeffiziente Gebäudesanierungen, der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, die Förderung erneuerbarer Energien oder die Abschaffung von umweltkontraproduktiven Subventionen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat wesentlich zur Begriffsverbreitung des Green New Deals beigetragen. UNEP hat 2008 die Initiative *Global Green New Deal* gestartet, um einen globalen Strukturwandel in einer globalisierten Welt anzustoßen. Der vorgeschlagene internationale Rahmen bestand im Wesentlichen aus drei Elementen: finanzielle Unterstützung für

Entwicklungsländer, um eine Kontraktion ihrer Volkswirtschaften zu vermeiden; Unterstützung für nationale Regierungen bei der Schnürung von grünen Konjunkturpaketen; und internationale Politikkoordination, damit die geplanten Konjunkturprogramme eine positive Entwicklung von ärmeren Ländern fördern. Der Green New Deal wurde in der internationalen Diskussion mittlerweile weitgehend vom Begriff Green Economy abgelöst.

Die **Green Economy** ist ebenfalls ein Begriff, der federführend von UNEP geprägt wurde. UNEP sieht die Green Economy als eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit fördert und gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten verringert“ (UNEP, 2011). Für die Umsetzung dieser Vision hat UNEP die *Green Economy Initiative* ins Leben gerufen, welche neben dem Green Economy Report *Towards a Green Economy* bisher zahlreiche wissenschaftliche Berichte und Briefing Papers veröffentlicht hat, beispielsweise zu *Green Economy and Trade* oder *South-South Cooperation*. Die Initiative soll EntscheidungsträgerInnen dabei unterstützen, eine ressourcen- und CO₂-ärmere und sozial gerechtere Wirtschaft Wirklichkeit werden zu lassen. UNEP versucht aufzuzeigen, mit welchen Reformen und politischen Rahmenbedingungen private und öffentliche Investitionen motiviert werden können, um den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu finanzieren. Zu diesem Zweck werden auch Best-Practice-Beispiele aus der ganzen Welt gesammelt, um die positiven Effekte von grünen Investitionen und Politiken zu illustrieren. Letztendlich geht es darum, einzelne Maßnahmen koordiniert in eine umfassende Strategie einzubetten, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung schnell näher zu kommen. Die Green Economy war eines von zwei Leitthemen auf der UN-Weltkonferenz **Rio+20**, die 2012 in Rio de Janeiro stattgefunden hat.

Die Berichte der UNEP Green Economy stellen u.a. die Basis für die **Green Industry Platform** dar, die 2009 von der UNIDO ins Leben gerufen wurde. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Produktionsprozesse in Firmen weltweit verstärkt nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten. Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern soll diese Initiative eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Energie, innovative Praktiken sowie die Anwendung von neuen grünen Technologien vorantreiben.

Green Growth beschreibt einen alternativen Wachstumspfad in Kontrast zum konventionellen Wirtschaftswachstumspfad. Grünes Wachstum basiert auf einer nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, die die Grundlage für Lebensqualität darstellt. Die Idee ist, dass der unter Umweltgesichtspunkten notwendige Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz und einem besseren **Management von**

Naturkapital ein **starker Treiber für Wachstum** sein kann. Die Erschließung neuer grüner Märkte, die Entwicklung von Ökoinnovationen und das Management von Ökosystemdienstleistungen schaffen Wettbewerbsvorteile und neue Geschäftsfelder, so die These. Green Growth soll damit – wie die Green Economy und der Green New Deal – Antworten auf die Krise geben und ein Bekenntnis darstellen, dass Wachstum und Umweltschutz Hand in Hand gehen können. Green Growth wird begrifflich von der OECD geprägt. 2009 haben 34 Minister eine *Green Growth Declaration* verabschiedet und damit der OECD ein politisches Mandat erteilt, an einer Green Growth Strategie zu arbeiten. Die Strategie wurde 2011 unter dem Titel *Towards Green Growth* als Startpunkt einer langfristigen Green Growth Agenda veröffentlicht. Sie gilt als politischer Rahmen und Richtschnur für nationale Anstrengungen, wie grünes Wachstum erreicht werden kann. Wie die Green Economy ist auch Green Growth als eine neue politische Strategie zu verstehen, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Gemeinsam mit UNEP, Weltbank und dem Global Green Growth Institute hat die OECD 2012 die **Green Growth Knowledge Platform (GGKP)** ins Leben gerufen. Diese Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, wesentliche Wissenslücken im Bereich Green Growth ausfindig zu machen und den Übergang zu Green Growth durch politische Handlungsempfehlungen, Best-Practices und Daten zu unterstützen. 2014 wurde der erste Jahresbericht zur der GGKP veröffentlicht.

Ende 2013 wurde von der UNIDO die Initiative **Inclusive and Sustainable Industrial Development (ISID)** ins Leben gerufen. Dieses Konzept ist darauf ausgerichtet, durch Wachstum und Industrialisierung globalen Wohlstand zu schaffen und Armut zu beseitigen, während gleichzeitig Umweltziele nicht außer Acht gelassen werden sollen. Neben industrieller Modernisierung und technologischen Innovationen gelten UnternehmerInnentum, wirtschaftliche Diversifizierung, sowie die Stärkung internationaler Handelsbeziehungen als wesentliche Treiber für ein Wachstum, von dem auch Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren sollen. Umweltfreundliche Produktionsprozesse, effiziente Ressourcennutzung und die Reduktion von Abfällen und Umweltverschmutzung werden dabei als ausdrückliche Ziele formuliert. Industrielles Wachstum wird dabei nicht als Widerspruch zu ökologischen Nachhaltigkeitszielen betrachtet. Die Transformation von Produktionsprozessen und Business-Modellen sowie technologische Innovationen werden als angemessene Lösungsstrategien gesehen, um der Umweltproblematik entgegenzuwirken.

Weiterführende Quellen und Links

Brand, Ulrich (2012). *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin.

Hinterberger, F., Giljum, S., Oman, I., Polsterer, N., Stocker, A., Burrell, L., Campregher, C., Fuchs, D. und

Hartwig, F. (2012): *Green Growth. From Labour to Resource Productivity. Best Practice Examples, Initiatives and Policy Options*.

Green Economy: <http://www.unep.org/greeneconomy>

Green Growth Knowledge Platform (2014). *Annual Report 2012-2013*.

<http://www.greengrowthknowledge.org/page/annual-report> (01.12.2015).

Green Industry Platform: <http://www.greenindustryplatform.org/> (01.12.2015).

Green New Deal: <http://greennewdeal.eu> (01.12.2015).

OECD (2011). *Towards Green Growth*,

<http://www.oecd.org/env/towards-green-growth-9789264111318-en.htm> (01.12.2015).

UNEP (2011). *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*,

<http://www.unep.org/greeneconomy/GreenEconomyReport/tabid/29846/language/en-US/Default.aspx> (01.12.2015).

UNIDO (2014). *Inclusive and Sustainable Industrial Development*,

http://www.unido.org/fileadmin/user_media_upgrade/Who_we_are/Structure/Director-General/ISID_Brochure_web_singlesided_12_03.pdf (01.12.2015).

Europa 2020 – Die europäische Wachstumsstrategie

Steckbrief

Europa 2020 skizziert als wichtigste politische Strategie der Europäischen Union eine Vision für die nächste Dekade: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

VertreterInnen: Europäische Kommission, Europäischer Rat

Perspektive: Europäische Union

Ansatz: Politisch

Europa 2020 ist die zentrale wirtschaftspolitische Strategie der Europäischen Union. Sie wurde von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, und vom Europäischen Rat im Juni 2010 beschlossen. Als Nachfolgestrategie und Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie gibt sie die Eckpunkte der wirtschaftspolitischen Agenda für den Zeitraum 2010 bis 2020 vor. Während die Lissabon-Strategie unter dem Zeichen „Growth and Jobs“ stand, differenziert Europa 2020 Wachstum stärker aus. Es geht nicht um jede Form von Wachstum als Ziel, sondern um nachhaltiges, integratives und intelligentes Wachstum. Europa 2020 setzt damit drei klare Prioritäten. **Intelligentes Wachstum** bezieht sich auf die Entwicklung einer Wissens- und Innovationswirtschaft (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation, ICT). **Nachhaltiges Wachstum** bedeutet den Aufbau einer emissionsarmen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Klima, Energie, Umwelttechnologien). **Integratives Wachstum** meint die Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und starkem sozialen und regionalen Zusammenhalt (z. B. Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Armutsbekämpfung, Kohäsion). Diese drei Prioritäten wurden in fünf konkrete **Kernziele** übersetzt:

- *Beschäftigung*: 75% der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.
- *Forschung und Entwicklung*: Aufwendung von 3% des BIP der EU für Forschung und Entwicklung.
- *Klimawandel und Energie*: Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%; Steigerung der Energieeffizienz um 20%.
- *Bildung*: Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10%; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40%.
- *Armut und soziale Ausgrenzung*: Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Europa muss wieder auf Kurs kommen und dann auf dem richtigen Kurs bleiben. Das ist das Anliegen von Europa 2020. Es geht um mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität.

*José Manuel Barroso,
EU-Kommissionspräsident*

Diese quantifizierbaren Ziele sollen bis 2020 EU-weit erreicht werden. Für eine effektive Umsetzung der Strategie hat sich jedes EU-Mitgliedsland nationale Ziele gesetzt, die den landestypischen Gegebenheiten und Möglichkeiten entsprechen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Ausgestaltung von Reformen selbst regeln können und trotzdem zu den EU-weiten Zielen beitragen. Der Fortschritt zu den EU-Zielen wird jedes Jahr im Rahmen von **Nationalen Reformprogrammen** festgehalten und der Europäischen Kommission vorgelegt, die in Koordination mit dem Rat daraufhin länderspezifische Empfehlungen ausspricht.

Auf der EU Ebene werden die Reformbemühungen der Mitgliedstaaten durch sieben **EU Leitinitiativen** unterstützt, die den zentralen Prioritäten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zugeordnet sind. Beispielsweise soll die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung durch den Einsatz emissionsarmer Technologien und erneuerbarer Energien fördern und so zum Ziel nachhaltiges Wachstum beitragen. Die Leitinitiativen sollen Impulse setzen und die Reformanstrengungen der Mitgliedsländer unterstützen und somit zur Erreichung der Kernziele beitragen. Dabei steht das gesamte EU-Instrumentarium zur Verfügung, z. B. Gesetzesinitiativen oder der Austausch von Best-Practice-Beispielen.

Zusätzlich zur inhaltlichen Fokussierung wurde der Governance-Mechanismus durch die Einführung eines sogenannten **Europäischen Semesters** als Steuerungsinstrument verstärkt. Dahinter verbirgt sich ein jährlicher Governance-Zyklus, der zu einer stärkeren Koordinierung und Überwachung und zu mehr politischer Verbindlichkeit führen soll. Seit 2014 gibt es die Bestrebung, das Europäische Semester zu ökologisieren. Unter der Devise „Greening the European Semester“ soll sichergestellt werden, dass makroökonomische Maßnahmen nicht nur ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten entsprechen, sondern auch ökologisch nachhaltig sind. Umweltpolitische Maßnahmen, wie die Steigerung der Ressourceneffizienz oder ökologische Steuerreformen können neben der Erzielung positiver ökologischer Effekte auch zu einer nachhaltigen Konjunkturbelebung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Teil von Europa 2020 ist auch die **Roadmap** für ein ressourcenschonendes Europa. Diese zeigt auf, wie Europa's Wirtschaft bis ins Jahr 2050 nachhaltig umgestaltet werden kann und schlägt konkrete Maßnahmen vor, um die Ressourcenproduktivität zu erhöhen und Wirtschaftswachstum von Ressourcennutzung zu entkoppeln. In der Roadmap werden Schlüsselressourcen aus der Perspektive von Lebenszyklen und Wertschöpfungsketten analysiert, Insbesondere für die Bereiche Ernährung, Wohnen und Mobilität, welche für den Großteil der Umweltauswirkungen verantwortlich sind, werden Handlungsempfehlungen vorgebracht. Zu-

dem werden auch Zielvorgaben für jeden Sektor festgelegt, die bis 2020 erreicht werden sollten.

Zusätzlich zu Europa 2020 wurden im Oktober 2014 die Energie- und Klimaziele für 2030 beschlossen. Diese sehen vor, die Treibhausgasemissionen um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren, den Anteil an erneuerbarer Energie auf mindestens 27% zu erhöhen und die Energieeffizienz um ebenfalls mindestens 27% zu steigern. Diese Ziele sollen dazu beitragen, die angestrebte Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80-90% bis ins Jahr 2050 zu erreichen.

Unter der neuen Leitung von Jean-Claude Juncker hat die Europäische Kommission beschlossen, das Maßnahmenpaket für eine Kreislaufwirtschaft – ein zentrales Element der 2020 Strategie – zu überarbeiten. Die Kommission hat im Dezember 2015 das neue „Kreislaufwirtschaftspaket“ veröffentlicht.

Weiterführende Quellen und Links

Europäische Kommission (2010). Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

KOM(2010) 2020 endgültig,

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> (01.12.2015).

European Commission (2011). Roadmap to a Resource Efficient Europe,

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0571&from=EN> (01.12.2015).

Europäische Kommission (2015). Europa 2020,

http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm (01.12.2015).

European Commission (2015). 2030 Energy Strategy,

<http://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy/2030-energy-strategy> (01.12.2015).

European Commission (2015). Greening the European Semester,

http://ec.europa.eu/environment/integration/green_semester/index_en.htm (01.12.2015).

European Commission (2015). Moving towards a circular economy,

http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm (01.12.2015).

European Council (2010). Council Conclusions, EUCO 13/10,

http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/council_conclusion_17_june_en.pdf (01.12.2015).

Die Blue Economy – 100 von der Natur inspirierte Innovationen

Steckbrief

Die Blue Economy ist ein Geschäftsmodell, das – inspiriert von der Natur – Ressourcen und Abfälle innovativ nutzt, um 100 Millionen Arbeitsplätze bis 2020 zu schaffen, zusätzliche Umsätze für Unternehmen zu generieren und eine Welt ohne Emissionen bis 2050 zu erreichen.

VertreterInnen: Gunter Pauli, Blue Economy Institute, Blue Economy Alliance

Perspektive: International

Ansatz: Internationales Netzwerk aus Unternehmen, Investoren und Wissenschaftlern

Der Begriff *Blue Economy* wurde 2010 vom Unternehmer Gunter Pauli im gleichnamigen Buch geprägt. Blau bezieht sich auf die Farbe des Ozeans, des Himmels und der Erde, wenn sie vom Weltall aus betrachtet werden. Die ursprüngliche Idee war es, die 100 besten **von der Natur inspirierten Technologien** in den Bereichen Wasser, Energie, Bauwesen und Ernährung zu sammeln, die klimafreundlich, ressourceneffizient und gleichzeitig wettbewerbsfähig sind. Ausgangspunkt der Blue Economy war das Projekt „Nature’s 100 Best“ in einer Zusammenarbeit zwischen der Zero Emissions Research Initiative (ZERI), dessen Gründer Gunter Pauli ist, und dem Biomimicry Institute. Die gesammelten 100 innovativen Ideen wurden unter dem Titel „Blue Economy“ als Buch veröffentlicht. Die **Blue Economy Alliance** stellt seither das Wissen zu diesen Innovationen auf einer elektronischen Plattform der Allgemeinheit zur Verfügung und unterstützt deren Umsetzung in Geschäftsmodelle.

Die Blue Economy geht für Gunter Pauli einen Schritt über die Green Economy hinaus – sie soll für alle leistbar und gänzlich umweltfreundlich sein und zielt darauf ab, das gesamte Wirtschaftssystem zu verändern. Eine neue Generation von UnternehmerInnen, die nur das an Ressourcen verwendet, was im lokalen Umkreis vorhanden ist, die Abfälle eines Produktes als Ausgangspunkt für ein anderes nimmt und effizient und nachhaltig produziert, soll zu einem neuen Wirtschaftsmodell führen. Arbeitsplätze werden geschaffen, Sozialkapital aufgebaut und die Wirtschaft und Gesellschaft bewegen sich in Richtung Nachhaltigkeit, so die These.

Die Blue Economy **basiert auf der Funktionsweise von Ökosystemen**. Sie lehnt sich am Modell der **Kaskadenwirtschaft** der Natur an, in dem der Abfall eines Stoffwechselprozesses als Ausgangsmaterial für den Nächsten fungiert. Ein Beispiel, wie dieses Prinzip auf die Wirtschaft umgelegt werden kann, ist folgendes: Kaffeesud, der üblicherweise als

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist mir [...] endgültig klar geworden, dass Grün nur für diejenigen gut ist, die Geld haben. Das ist nicht gut. Wir sollten eine Wirtschaft schaffen, die die Grundbedürfnisse aller Menschen sicher stellen kann – und zwar mit dem, was zur Verfügung steht.
*Gunter Pauli,
Gründer von ZERI*

Abfall gilt, ist für die Züchtung von Pilzen geeignet. Nach der Ernte ist das Restprodukt reich an Aminosäuren und somit eine gute Futterquelle für Hühner. Der Mist der Hühner kann in einer Biogasanlage zu Biogas verarbeitet werden. Dadurch, dass Nebenprodukte wieder zu Inputfaktoren werden und der Abfall minimiert wird, haben Ressourcen einen längeren Lebenszyklus und werden effizienter eingesetzt.

Eine weitere Beobachtung aus der Natur, die sich die Blue-Economy-InnovatorInnen zu Nutze machen ist, dass Ökosysteme sehr stark physikalische Grundgesetze nutzen, während chemische Prozesse weniger bedeutend sind. Deshalb bauen die von der Natur inspirierten Innovationen der Blue Economy stark auf den Gesetzen der Physik auf. So haben sich ForscherInnen beispielsweise von Zebras und der Bauweise von Termitenhügeln abgeschaut, wie Gebäude mit Hilfe von Druck- und Temperaturdifferenzen natürlich belüftet und dadurch Betriebskosten gesenkt werden können.

Die Blue Economy ist somit ein Geschäftsmodell, das durch die Verwendung von Abfall als Inputfaktor Produkte mit besserer Qualität zu geringeren Preisen sowie zusätzliche Umsätze und Arbeitsplätze schaffen will. Die Blue Economy Alliance bietet einen Open-Source-Zugang zu 100 innovativen Ideen und fördert deren Umsetzung in der Praxis.

Weiterführende Quellen und Links

Blue Economy Alliance (2012). Plattform der Blue Economy,
www.blueeconomy.de (01.12.2015).

Pauli, Gunter (2010). The Blue Economy. 10 years, 100 innovations, 100 million jobs. Paradigm Publications: New Mexico.

Pauli, Gunter (2010). The Blue Economy. Summary for UNEP,
http://www.unep.org/pdf/OP_Feb/EN/OP-2010-02-EN-ARTICLE7.pdf (01.12.2015).

The Blue Economy on YouTube:

<http://www.youtube.com/watch?v=1af08PSlals> (01.12.2015).

Kreislaufwirtschaft

Steckbrief

In der Kreislaufwirtschaft soll durch Instandsetzung, Sanierung und Recycling Abfall vermieden werden. Cradle to Cradle ist ein Geschäftsmodell, bei dem Materialien in einem geschlossenen Kreislauf zirkulieren, deren Qualität erhalten oder aufgewertet wird, um sichere und gesunde Produkte zu entwickeln und zu vermarkten.

VertreterInnen: Ellen MacArthur Foundation, Europäische Kommission,
Michael Braungart, William McDonough

Perspektive: International

Ansatz: Wissenschaftlich und unternehmerisch

Die **Kreislaufwirtschaft** stellt ein Alternativmodell zum derzeit vorherrschenden Prinzip einer linearen Wirtschaft dar, in dem Produkte nach dem Ende ihrer Lebensdauer nicht mehr genutzt werden. Im Kontext des global steigenden Drucks auf Umwelt und Ressourcen geht es darum, die in der Produktion eingesetzten, wertvollen Rohstoffe nach ihrem Gebrauch wiederzuverwenden. Durch Instandsetzung, Sanierung und Recycling von Materialien und Produkten soll Abfall zur Ressource umfunktioniert werden. Die Idee zirkulierender Materialflüsse geht u.a. auf Kenneth E. Boulding zurück, der 1966 mit seinem Artikel *The Economics of the Coming Spaceship Earth* eine zentrale Grundlage für die Kreislaufwirtschaft gelegt hat. In jüngerer Zeit wird das Kreislaufmodell insbesondere von der 2010 gegründeten Ellen MacArthur Foundation propagiert, die seit 2012 jährlich den Bericht *Towards the Circular Economy* veröffentlicht. Darin werden insbesondere Möglichkeiten aufgezeigt, die sich für Wirtschaft und Unternehmen durch den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ergeben.

Der Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft wird insbesondere von der EU beworben und ist zentraler Bestandteil der Agenda für Ressourceneffizienz, die mit der Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum initiiert wurde. Im Sommer 2014 wurde von der Europäischen Kommission eine Mitteilung veröffentlicht, in der ein Null-Abfallprogramm für Europa skizziert wird. Durch den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft sollen die Umweltbelastungen und Treibhausgasemissionen verringert werden, was gleichzeitig zu einem Anstieg von Beschäftigung und Wachstum führen soll. Dadurch soll sich auch die Wettbewerbsposition Europas verbessern.

Im Dezember 2015 hat die EK, wie angekündigt, das neue „Kreislaufwirtschaftspaket“ veröffentlicht. Das Paket besteht aus Vorschlägen für die Überarbeitung von sechs Richtlinien im Abfallbereich und einem

Aktionsplan in Form einer Mitteilung; diese enthält einen klaren Zeitplan für die vorgeschlagenen Maßnahmen und einen Plan für einen einfachen und wirksamen Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft. Die EK wollte das Paket „ambitionierter“ gestalten, als es der alte Vorschlag aus dem Jahr 2014 war. Das Paket beinhaltet Vorschläge für den gesamten Lebenszyklus von Materialien und Produkten beginnend vom Herstellungsprozess über das Produktdesign und die Gebrauchsphase bis hin zu Recycling und Entsorgung. Die EU sieht die Kreislaufwirtschaft als ein Baustein auf dem Weg Europas hin zu einer nachhaltigen, klimafreundlichen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft.

Die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft finden sich auch im Konzept **Cradle to Cradle (C2C)** wieder. In der C2C-Vision zirkulieren alle Materialien – biologische und technische – in geschlossenen Kreisläufen und Produkte sind so konzipiert, dass sie keine schädlichen Umweltauswirkungen haben. Da in der Kreislaufverwendung keine Nährstoffe verloren gehen, dürfe der Mensch maßlos sein wie die Natur, die im Überfluss produziert. Michael Braungart, der Mitbegründer des C2C-Konzepts, spricht in diesem Zusammenhang von **intelligenter Verschwendung**.

Das C2C-Konzept wurde von Michael Braungart und der von ihm gegründeten Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA) geprägt, beginnend mit der Entwicklung von **Life-Cycle-Assessments** in den späten 1980ern. Das C2C-Modell ist nicht auf Produkte beschränkt, sondern kann auch in der Stadtplanung oder im Gebäudebau angewandt werden. Weltweit wird C2C von Unternehmen, Organisationen und Regierungen, überwiegend in der EU, China und den USA praktiziert. Ein Beispiel aus Österreich ist die Ökoregion Kaindorf in der Steiermark, die sich der ökologischen Kreislaufwirtschaft verschrieben hat und ihre Energie weitestgehend aus erneuerbaren Quellen bezieht.

Das C2C-Design ist eng mit der **Öko-Effektivität-Philosophie** verbunden, die über Effizienzsteigerungen hinausgeht. Es geht nicht darum, weniger umweltschädliche Güter zu produzieren und Systeme und Produkte zu optimieren. Das C2C-Konzept ist ambitionierter: Die Erzeugung von völlig gesunden und sicheren Produkten, deren Qualität und Produktivität während des Lebenszyklus erhalten oder erhöht werden, steht im Mittelpunkt. Während die Effizienzstrategie versucht, den Zeitpunkt des Ausscheidens von Stoffen zu verzögern, bleiben die Materialien bei C2C in **geschlossenen Kreisläufen**. Daher der Name „Cradle to Cradle“ – von der Wiege zur Wiege – im Gegensatz zu „Cradle to Grave“ – von der Wiege zur Bahre. Hier liegt ein bedeutender Unterschied zur Blue Economy, bei der durch Kaskadenwirtschaft versucht wird, die Inputfaktoren länger zu

Nachhaltigkeit ist langweilig. Die schönsten Dinge im Leben sind weder nachhaltig noch effizient: Denken sie an Mozart, Sex oder italienisches Essen mit fünf Gängen. Wir müssen uns nicht einschränken!
*Michael Braungart,
Gründer von EPEA*

nutzen. Bei C2C können die Materialien im idealen Fall ewig genutzt werden, weil sie ständig im Kreislauf zirkulieren.

Die Kreislaufwirtschaft von C2C basiert auf drei Erkenntnissen, die sich aus der Beobachtung der Natur ableiten. Die zentrale Beobachtung ist, dass der Mensch das einzige Lebewesen ist, das Abfall erzeugt. Im biologischen Kreislauf ist **Abfall gleich Nährstoff**, das heißt die Reststoffe eines Stoffwechselprozesses sind Ausgangspunkt für den Nächsten. Dementsprechend werden bei C2C bereits bei der Entwicklung von neuen Produkten die **Materialien** so gestaltet, dass sie **biologisch oder technisch wiederverwendbar** sind. Die Fähigkeit zum **Recycling** wird von Anfang an eingeplant. Verbrauchsgüter, die aus biologischen Nährstoffen bestehen und während der Anwendung verschleifen, sind so designt, dass sie ungiftig kompostierbar sind und wieder in den biologischen Kreislauf eingespeist werden können. In Gebrauchsgütern sind nur technische Nährstoffe enthalten, die für die Umwelt unschädlich sind und sich weiterverwenden lassen. Die Qualität der Materialien wird während der Produktionszyklen aufrecht erhalten oder durch Wissensaufbau und Vernetzung zwischen AkteurInnen der Produktionskette sogar erhöht („upcycling“). Nach dem ursprünglichen Konzept von Braungart und McDonough bleiben die Gebrauchsgüter im Eigentum der Hersteller und werden von den Nutzern geleast. Somit werden KonsumentInnen von der Verantwortung für fachgerechte Entsorgung enthoben, während der Produzent für die Wiederverwendung der Nährstoffe zuständig ist. In einer weiteren Anlehnung an die Natur nutzt C2C **Sonnenenergie** als zentrale Energiequelle, weil sie theoretisch maßlos verwendet werden kann. Eine weitere Beobachtung aus der Natur ist, dass **Diversität** zu erhöhter Resilienz führt. In diesem Sinne sollen bei C2C menschliche Systeme auf lokale Voraussetzungen und Bedürfnisse abgestimmt sein.

Ein viel verwendetes Bild für C2C ist ein blühender Kirschbaum. Im Frühjahr zeigt sich der Baum in einer üppigen Blütenpracht, jedoch entstehen nur aus wenigen Blüten Bäume. Der Rest wird scheinbar verschwendet. Doch diese Blüten fallen zu Boden und können von anderen Organismen wieder als Nährstoffe verwendet werden. Umgelegt auf ein konkretes Beispiel aus der Wirtschaft kann die C2C-Philosophie folgendermaßen aussehen: Bei der Planung einer C2C-designten Lagerhalle werden andere Nutzungsmöglichkeiten mitbedacht und die Lagerhalle so konzipiert, dass sie später adaptiert werden kann. Somit steht das Gebäude mehreren Generationen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zur Verfügung. Alle dabei verwendeten Materialien sind unschädlich für Mensch und Umwelt, die biologischen Nährstoffe sind kompostierbar und bereichern den biologischen Kreislauf, die technischen Nährstoffe können nach Ablauf der Gebäudelebensdauer in derselben Qualität

rückgewonnen werden und fließen erneut in die Produktion. Die Energie, die für die Errichtung, die Instandhaltung, die Umgestaltung oder den Abriss benötigt wird, stammt nach dem C2C Konzept aus der unerschöpflichen Energiequelle Sonne.

C2C ist ein Konzept, das schadstofffreie und umweltverträgliche Materialien einsetzt und damit Produkte erzeugt, die unbedenklich für Gesundheit und Umwelt sind. Es geht nicht um das Sparen von Ressourcen, sondern um deren intelligente Verwendung in Kreisläufen. Laut Michael Braungart ist damit die gute Wegwerfgesellschaft geboren: statt Vermeidung und Verzicht könne ohne schlechtes Gewissen konsumiert werden.

Weiterführende Quellen und Links

Cradle to Cradle Network (2012). Cradle to Cradle: Theoretical Framework.

http://www.c2cn.eu/sites/default/files/C2C_theor_framework.pdf (01.12.2015).

Ellen MacArthur Foundation (2014). Circular Economy.

<http://www.ellenmacarthurfoundation.org/circular-economy> (01.12.2015).

Ellen MacArthur Foundation (2014). Towards the Circular Economy. Accelerating the scale-up across global supply chains.

<http://www.ellenmacarthurfoundation.org/business/reports/ce2014> (01.12.2015)

EPEA (2012). Internationale Umweltforschung GmbH,

<http://www.epea.com> (01.12.2015).

European Commission (2015). Moving towards a circular economy,

http://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm (02.12.2015).

Europäische Kommission (2015). Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft. Mitteilung der Europäischen Kommission.

http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:8a8ef5e8-99a0-11e5-b3b7-01aa75ed71a1.0004.02/DOC_1&format=PDF (02.12.2015).

McDonough, William, Braungart, Michael (2002). Cradle to Cradle: Remaking the Way We Make Things. North Point Press: New York.

Faktor X – Die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs um ein x-faches

Steckbrief

Das Faktor X-Konzept gibt Antworten auf die Frage, wie der Umweltverbrauch gemessen und um ein Vielfaches verringert werden kann.

VertreterInnen: Friedrich Schmidt-Bleek, Ernst Ulrich von Weizsäcker,
Faktor 10 Institut

Perspektive: Auf der Ebene von Produkten und Dienstleistungen,
Unternehmen oder national

Ansatz: Wissenschaftlich, unternehmerisch, politisch

Der globale Materialverbrauch ist in den vergangenen 30 Jahren um fast 80% gewachsen und beträgt heute etwa 70 Milliarden Tonnen pro Jahr. Dadurch wird die Menschheit zunehmend abhängiger von nicht-erneuerbaren Materialien, wie fossilen Energieträgern, Metallen und Mineralien. Wenn alle Menschen nur das verbrauchen würden, was auf Dauer verträglich ist, müssten die Bewohner des globalen Nordens den Ressourcenverbrauch in den nächsten 30 bis maximal 40 Jahren um bis zu 90% reduzieren.

An dieser These setzt die Idee von Faktor X an. Es geht um eine **Dematerialisierung** der Wirtschaft, das heißt, den Materialverbrauch weltweit auf ein Maß zu reduzieren, das zukunftsfähig ist. In welchem Ausmaß Ressourcenverbräuche zurückgehen müssten um sich einem nachhaltigen Niveau anzunähern, darüber sind sich ExpertInnen uneinig. Ernst Ulrich von Weizsäcker propagiert den **Faktor 4** – eine Verdopplung des globalen Wohlstands bei einer Halbierung des Ressourcenverbrauchs; Friedrich Schmidt-Bleek hält das für nicht ausreichend und fordert mindestens einen **Faktor 10** in den entwickelten Industrieländern – also die Reduktion auf ein Zehntel des heutigen Umfangs – damit Entwicklungsländer genügend Spielraum für wirtschaftliche Entwicklung haben und der Wohlstand in den entwickelten Ländern gleich bleibt. Faktor 4 wäre mit einer jährlichen Ressourceneffizienzsteigerung von 3% zu erreichen; für Faktor 10 bedarf es einer 5%igen Effizienzsteigerung pro Jahr.

Um den Umweltverbrauch und Fortschritte in Richtung Faktor X messen zu können, hat Friedrich Schmidt-Bleek in den 1990ern das **MIPS-Konzept** entwickelt. MIPS steht für **Materialintensität pro Serviceeinheit**. Um die Materialintensität zu erfassen, werden alle Umweltverbräuche, die für ein bestimmtes Produkt oder eine Dienstleistung aufgewendet werden müssen, in Kilogramm gemessen, beginnend bei der Rohstoffgewinnung über Produktion, Vertrieb und Entsorgung. Umweltrelevante Verbräuche sind **erneuerbare und nicht-erneuerbare Ressourcen**,

Willige und fähige Länder sollten sich ohne Verzögerung zusammen tun und zeigen, dass dematerialisierte und soziale Wohlstands-schaffung möglich und profitabel ist.

*Friedrich Schmidt-Bleek,
Präsident des
Faktor 10 Instituts*

Fläche und Wasser. Nicht-erneuerbare Rohstoffe sind fossile Energieträger wie zB Öl, Gas und Kohle, aber auch Erze oder Mineralien, die z. B. von der Bauwirtschaft benötigt werden. Erneuerbare Ressourcen sind z. B. nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Nahrungsmittel wie Getreide oder Fische. Sie sind zwar „erneuerbar“, aber auch sie sind knapp. Das gleiche gilt für Trinkwasser. Definitiv begrenzt ist die Fläche Erde, vor allem wenn es sich um fruchtbares Land handelt.

Als Synonym für Materialinputs hat Friedrich Schmidt-Bleek den Ausdruck „**ökologischen Rucksack**“ erfunden, um das Konzept zu veranschaulichen. Dabei handelt es sich um den Naturverbrauch in Form von Erde, Wasser und Luft (bzw. Treibhausgasen), der bei der Herstellung verursacht wird. Rucksäcke können auch für einzelne Inputkategorien berechnet werden, z. B. **Wasserrucksäcke** oder **CO₂-Rucksäcke**. So kann berechnet werden, dass z. B. für ein Schnitzel 2 kg (und 13 l Wasser), für eine Tasse Kaffee 150 g (und 150 l Wasser) oder für einen Flatscreen 3 Tonnen Ressourcen verbraucht werden (Hinterberger und Ax, 2013). Nachhaltig wären in etwa 10 kg pro Person und Tag (Hinterberger und Ax, 2013).

Diese Berechnungen bieten Unternehmen **Ansatzpunkte für Einsparungspotentiale** bei Ressourcen und sind so ein Schritt zum Faktor X. Ein Beispiel: Im Zuge einer Studie für SPAR (SERI, 2010) wurde herausgefunden, dass bei der Produktion von österreichischem Schweinefleisch rund 50 % Treibhausgasemissionen eingespart werden könnten, indem Bauern von Importsoja auf Soja, das im Donauraum angebaut wird, umstellen würden.

Soviel zum „MI“ des MIPS-Konzepts. Der zweite Teil des Konzepts – das „PS“ (pro Serviceeinheit) kommt ins Spiel sobald das Produkt oder die Dienstleistung genutzt wird. Vollständig ist MIPS, wenn man bewerten kann, wie viel die im Produkt investierte Natur an **Nutzen** stiftet. Bei Wegwerfprodukten ist $MIPS = MI$, weil $S = 1$ ist; bei langlebigen Produkten nähert sich MIPS einem kleinen Bruchteil des ursprünglichen MI an. Das Design von Produkten nach dem MIPS-Konzept beginnt mit der Frage nach dem gewünschten Nutzen. Dann wird eine technische Lösung ausgeklügelt, die diesen Nutzen mit der geringstmöglichen Menge Natur erbringen kann und außerdem für das Unternehmen profitabel ist. Es gibt viele Beispiele aus der Praxis, wie aus weniger Natur mehr Wohlstand geschaffen werden kann.

MIPS bezieht sich also auf die **Mikro-Ebene der Wirtschaft**, auf einzelne Produkte oder Dienstleistungen, oder Gebäude oder Infrastrukturen. Auch auf der **Makro-Ebene** können Ressourcenverbräuche gemessen werden, zB mit Indikatoren wie DMC, TMR oder RMC. Domestic material

consumption (DMC) steht für die inländische Materialentnahme inklusive der Importe und exklusive der Exporte. Total material requirements (TMR) gibt die jährlich durch eine Wirtschaft fließende Materialmenge in Jahrestonnen an, einschließlich der ökologischen Rucksäcke. Raw material consumption (RMC) berücksichtigt bei der Berechnung des heimischen Ressourcenverbrauchs auch Vorleistungen, also Materialien, die nicht direkt in den gehandelten Gütern stecken, aber im Zuge ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden. Die Makro-Perspektive rückt die **politische Relevanz** von Faktor X ins Licht: das Konzept gehört mittlerweile zum Mainstream internationaler Nachhaltigkeitspolitik. Ressourcenberechnungen stellen eine Grundlage für evidenz-basierte Politikentwicklung dar. Die Europäische Kommission greift beispielsweise in der Entwicklung und Umsetzung der Ressourceneffizienz-Offensive auf diese Art von Berechnungen zurück. Japan hat den Faktor 10 schon vor zehn Jahren zu einem strategischen Bestandteil der Wirtschaftspolitik gemacht. Auch der Österreichische Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP) orientiert sich langfristig (bis 2050) an einer Erhöhung der Ressourceneffizienz um einen Faktor 4 bis 10. Das Konzept wird auch im Hinblick auf die ökologische Kennzeichnung von Produkten herangezogen. In Summe geht es auf der politischen Ebene darum, wie Anreize geschaffen werden können, um den Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu bremsen, Rebound-Effekte zu vermeiden und gleichzeitig Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen.

Weiterführende Quellen und Links

Ax, Christine, Hinterberger, Friedrich (2013). Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder herauskommen. Ludwig: München.

BMLFUW (2012). Ressourceneffizienz Aktionsplan, http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/aktionsplan_ressourceneffizienz/aktionsplan.html (01.12.2015).

Faktor 10 Institute (2012). Faktor 10 Institute, <http://www.factor10-institute.org/> (01.12.2015).

Schmidt-Bleek, Friedrich (2007). Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen. Fischer: Frankfurt a.M.

Schmidt-Bleek, Friedrich (2014). Grüne Lügen. Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft – wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten. Ludwig: München.

SERI (2010). Schweinefleischproduktion in Österreich – Klimaauswirkungen und Ressourceneffizienz. SERI Endbericht, <http://seri.at/de/projects/completed-projects/spar-pork-meat/> (01.12.2015).

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Hargroves, Karlson, Smith, Michael (2010). Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum. Droemer: München.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen, die Wachstumsabhängigkeit zu verringern

Steady State Economy – Die optimale Größe der Wirtschaft

Steckbrief

Die Steady State Economy ist eine Vision der Wirtschaft, die auf einem optimalen Niveau physisch nicht mehr wächst, sondern sich auf einem nachhaltigen Konsumniveau und mit konstanter Bevölkerung weiterentwickelt. Es werden konkrete makroökonomische Politiken für den Übergang und die Umsetzung einer Steady State Economy vorgeschlagen.

VertreterInnen: Herman E. Daly, CASSE – Center for the Advancement of the Steady State Economy

Perspektive: International

Ansatz: Wissenschaftlich

Herman Daly wirft die Frage über die optimale physische Größe der Wirtschaft auf. Daly und andere AdvokatInnen stellen fest, dass das ökonomische Subsystem, das in ökologische Systeme eingebettet ist, mittlerweile mehr als ausgewachsen ist. Wirtschaftswachstum sei bereits unwirtschaftlich geworden: es schafft in Summe keinen Wohlstand mehr, sondern verringert den Kapitalstock, auf dem unser Wohlstand aufgebaut ist. Auf dieser Grundlage kritisiert Daly die Pro-Wachstums-Orthodoxie und schlägt eine alternative Vision vor: die Steady State Economy (SSE).

While technology will continue to pull rabbits out of hats, it will not pull an elephant out of a hat – much less an infinite series of ever-larger elephants.

*Herman E. Daly,
emeritierter Professor*

Die SSE kennzeichnet sich durch einen konstanten physischen Kapitalstock und eine konstante Bevölkerung, die beide auf einem optimalen Niveau aufrechterhalten werden sollen. Die SSE ist somit ein **physisches Konzept**, mit dem Ziel, einen wünschenswerten physischen Kapitalstock mit einem Minimum an Materialdurchsatz aufrecht zu erhalten. Eine SSE impliziert keinen konstanten Materialdurchsatz, oder weniger technologischen Fortschritt, oder ein unendliches Leben für das Wirtschaftssystem. Sie ist eine Strategie für die längstmögliche Erhaltung unseres „Spaceship Earth“. In Herman Dalys Vision stirbt unsere Ökonomie irgendwann an Altersschwäche und nicht am Krebs von „Growthmania“.

Die **Gesetze der Thermodynamik** spielen eine wichtige Rolle in dieser Vision. Sie stellen den theoretischen Rahmen für die SSE dar. Den thermodynamischen Gesetzen folgend steht der Menschheit ein begrenztes Budget an Energie mit niedriger Entropie zur Verfügung, mit der sie wirtschaften und leben kann. Wenn zu viel dieser Energie für

wirtschaftliche Aktivitäten verwendet wird, beginnen die komplexen lebenserhaltenden ökologischen Systeme zu versagen. Herman Daly übt auf dieser Basis Kritik an der orthodoxen ökonomischen Theorie und der Wachstumslogik, weil sie gegen das zweite Gesetz der Thermodynamik verstößt (und auch gegen den Hausverstand, wie Daly meint): eine Wirtschaft könne mit einem begrenzten Vorrat an Energie und Ressourcen einfach nicht unendlich wachsen.

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen schlägt Daly drei **Institutionen** für die Erreichung und Aufrechterhaltung einer SSE vor. Erstens, eine Institution mit dem Auftrag die **Bevölkerung konstant** zu halten. Als Instrument werden beispielsweise handelbare Geburten-Lizenzen vorgeschlagen, die durch die Institution verwaltet würden. Zweitens, eine Institution, die für einen **konstanten physischen Kapitalstock** sorgt und den Materialdurchsatz innerhalb der ökologischen Grenzen hält. Dieses Ziel könnte beispielsweise durch die Implementierung von Cap-Auction-Trade-Systemen für natürliche Ressourcen erreicht werden, die ähnlich funktionieren wie der Emissionshandel. Und drittens eine Institution für **mehr Verteilungsgerechtigkeit**, um die Ungleichverteilung von konstanten Kapitalstöcken zwischen den Menschen einer konstanten Gesamtbevölkerung zu begrenzen. Als verteilungsgerechte Maßnahme schlägt Daly beispielsweise die Einführung von Obergrenzen für Einkommen und Vermögen vor. Mit diesen Ideen beschreibt Daly ein Modell, das auf den existierenden Institutionen von Privateigentum und marktwirtschaftlichen Grundsätzen aufbaut. In diesem Sinne ist es recht konservativ.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie diese Wirtschaft funktionieren könnte, stelle man sich einen alten Wald vor. Ein Wald wächst irgendwann nicht mehr, sondern ist ein komplexes lebendiges System, in dem verschiedene Lebewesen kooperieren und konkurrieren, und in dem sich über die Zeit neue Arten und Ökosysteme entwickeln. Nicht mehr zu wachsen ist nicht gleichbedeutend mit Stagnation. Es geht vielmehr um ein **dynamisches Gleichgewicht**. Umgelegt auf eine SSE bedeutet das, dass sie sich zwar weiter entwickelt, dabei aber innerhalb der regenerativen Kapazitäten der Natur bleibt.

Daly ist davon überzeugt, dass diese SSE funktionieren könnte, wenn sie von den Leuten akzeptiert werden würde. Seiner Einschätzung nach ist die Akzeptanz in einer kurzfristigen Sicht zwar nicht gegeben, aber auf Basis seiner Vorschläge in der nicht allzu weiten Zukunft zumindest plausibler. Besonders, weil alle vorgeschlagenen Institutionen und Maßnahmen graduell angepasst und ausgedehnt werden könnten.

Die zugrunde liegende Idee der SSE wurde das erste Mal vor etwa 150 Jahren vom klassischen Ökonomen John Stuart Mill formuliert in seiner Diskussion des Stationary State. Herman E. Daly, ein Schüler von Georgescu-Roegen und ehemaliger Weltbankökonom, hat die Idee aufgegriffen und während der letzten Jahrzehnte konkretisiert. Heute beziehen sich viele Ökologische ÖkonomInnen auf Daly's Ideen und entwickeln sie weiter. Das Center for the Advancement of the Steady State Economy (CASSE) ist eine wissenschaftliche Vereinigung in den USA, deren Mission es ist, die Idee der SSE weiter zu verbreiten.

Die SSE kann als ein Versuch verstanden werden, eine politische Ökonomie zu entwickeln, die ökologische und existentielle Knappheiten berücksichtigt und für DurchschnittsbürgerInnen verständlich ist. Sie beschreibt einen Rahmen für eine neue Ökonomie, welche die Definition einer SSE umfasst, Argumente warum sie notwendig und wünschenswert ist und Vorschläge für passende Institutionen und politische Instrumente.

Weiterführende Quellen und Links

CASSE (2012). Center for the Advancement of the Steady State Economy, <http://steadystate.org/> (01.12.2015).

Daly, Herman E. (1974). The Economics of the Steady State. *American Economic Review* 64(2), 15-21.

Daly, Herman E. (1991). *Steady State Economics*. Island Press: Washington, D.C.

Daly, Herman E. (2010). From a Failed-Growth Economy to a Steady-State Economy. *Solutions Journal*, <http://www.thesolutionsjournal.com/node/556> (01.12.2015).

Degrowth – Gesundshrumpfen als Weg aus der Krise

Steckbrief

Degrowth bedeutet eine Reduktion von Konsum und Produktion als ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden.

VertreterInnen: Eine Vielzahl von AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, vor allem in Frankreich (z. B. Serge Latouche), Spanien (z. B. Joan Martinez-Alier, Giorgos Kallis) und Italien

Perspektive: Lokal bis global

Ansatz: Wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich

Degrowth bezeichnet ein **Gesundshrumpfen der Wirtschaft**. Es geht im Kern um **weniger Konsum und Produktion**: weniger Industrie, weniger Autos, weniger Einkaufszentren und Fernreisen. Die BefürworterInnen einer Wachstumsrücknahme, wie Degrowth im deutschen Sprachraum manchmal übersetzt wird, argumentieren, dass die Menschheit bereits über ihre Verhältnisse lebt und ökologische Systeme überstrapaziert. Durch die begrenzte Belastbarkeit von Ökosystemen und die begrenzte Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen stünde ein Wachstumsrückgang bevor. Degrowth-AdvokatInnen stellen daher nicht die Frage, *ob*, sondern *wie* der bevorstehende Wachstumsrückgang gestaltet werden kann, um einen gesellschaftlichen und ökologischen Kollaps zu verhindern. Um eine „**sanfte Landung**“ hinzubekommen, die ökologisch verträglich und sozial gerecht ist, sei es notwendig, den Konsum und damit auch die Produktion von materiellen Gütern zu reduzieren. Weniger Konsum ist dabei aber nicht gleichbedeutend mit weniger Lebensqualität, ganz im Gegenteil. Das Wohlbefinden der Menschen könne sogar erhöht werden, indem überflüssige Aufgaben und Arbeitsstress wegfallen und sich Menschen vom materiellen Überfluss befreien.

Die Degrowth-Idee entspringt der wachstumskritischen Debatte. **Wirtschaftswachstum** wird **als Problem** eingestuft und nicht als Lösungsweg für soziale und ökologische Probleme. Technologische Innovationen und die Steigerung von Ressourcen- und Energieeffizienz würden nicht ausreichen, weil Rebound-Effekte auftreten, die die Produktion und den Konsum steigern und somit zu noch mehr Umweltverbrauch führen. Degrowth richtet sich in seiner **Kritik gegen die neoliberale ökonomische Theorie und Praxis** auch gegen das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Jede Form von zusätzlichem Wirtschaftswachstum, sei es nachhaltiger, grüner oder sozialer, legitimiere die Fortführung des Status Quo und lenke vom Widerspruch ab, dass BIP-Wachstum und eine Renaturierung auf ein nachhaltiges Niveau nicht miteinander vereinbar sind. Aus der Kritik am orthodoxen ökonomischen System und dem Bewusstsein von sozialen und ökologischen Problemen ergibt sich für die

Wenn man von Rom nach Mailand mit dem Zug fahren will und merkt, dass dieser in Richtung Neapel fährt, nutzt es nichts, die Geschwindigkeit zu verlangsamen, man muss aussteigen und in einen Zug mit entgegengesetzter Richtung umsteigen.
Serge Latouche,
emeritierter Professor

Degrowth AnhängerInnen als logische Schlussfolgerung die Notwendigkeit eines Gesundheitskrampfens – möglichst früh und möglichst demokratisch.

Die **Vision** einer Degrowth-Gesellschaft beinhaltet eine Relokalisierung der Wirtschaft, die gerechtere Verteilung von Einkommen und Ressourcen, neue demokratischere Institutionen, Suffizienz, und soziale und technische Innovationen, die ein **konviviales und frugales Leben** fördern. Wohlbefinden speist sich in dieser Vision aus vielen nicht konsumabhängigen Dingen – Räume für soziale Interaktionen, mehr Zeit mit Freunden und der Familie, mehr Einfachheit im Leben, Nachbarschaftshilfe, die gerechtere Verteilung von Arbeit und weniger materieller Konsum.

Degrowth-BefürworterInnen kommen aus verschiedenen Ecken. Die meisten sind WissenschaftlerInnen oder AktivistInnen. Sie verfolgen ganz unterschiedliche Strategien, um die Idee von Degrowth zu verbreiten. Manche bilden Protestbewegungen gegen neue Großinfrastrukturprojekte (z. B. Autobahnen, Kernkraftwerke), andere versuchen auf alternative Infrastrukturen hinzuweisen (z. B. Solarenergie, Fahrräder); manche fokussieren auf individuelles Handeln (z. B. „voluntary simplicity“), andere auf kollektives Handeln (z. B. Co-Housing); manche wollen bestehende Institutionen ersetzen, andere wiederum nur anpassen; manche arbeiten wissenschaftlich, andere pochen darauf, dass Aktionen auf der lokalen Ebene am wichtigsten sind. Hier wird deutlich: Degrowth begrüßt die **Vielfalt und Komplementarität von Strategien**.

Als Vordenker für die VertreterInnen der Bewegung gilt insbesondere **Nicholas Georgescu-Roegen**, der in den 1970ern zahlreiche Schriften über Ökonomie und Degrowth veröffentlichte. Die Bewegung erlebte allerdings erst in den letzten Jahren ihren Aufschwung. Die erste internationale Konferenz 2008 in Paris, die auch den englischen Begriff „degrowth“ wesentlich prägte, markiert den Beginn der aktuellen akademischen Auseinandersetzung und zivilgesellschaftlichen Bewegung. Seither fanden drei weitere internationale Konferenzen statt: 2010 in Barcelona, 2012 in Venedig und 2014 in Leipzig. An der vierten Konferenz in Leipzig haben 3000 Menschen aus 74 Ländern teilgenommen, was die steigende Relevanz und das Interesse an diesem Thema widerspiegelt. Neben zahlreichen WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von NGOs waren auch politische AktivistInnen und KünstlerInnen unter den Teilnehmenden. Während die ersten Konferenzen stärker auf wissenschaftliche Diskussionen ausgerichtet waren, war der Kongress in Leipzig vor allem bewegungsorientiert. Ulrich Brand bezeichnete das jüngste Treffen als „den bewegungspolitischen Kongress des Jahres 2014 schlechthin“.

Die Degrowth-Bewegung ist besonders aktiv in Frankreich („décroissance“), Spanien („decrecimiento“) und Italien („decrescita“). Eine teilweise Institutionalisierung erfährt die Bewegung durch „Research & Degrowth (R&D)“, eine akademische Vereinigung, die rund um das Thema Degrowth forscht, Bewusstsein schafft und Veranstaltungen organisiert. Ein deklariertes Ziel von R&D ist WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, AktivistInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um gemeinsam an den Bausteinen für eine Degrowth-Gesellschaft zu feilen.

Weiterführende Quellen und Links

- Brand, Ulrich (2014). Degrowth: Der Beginn einer Bewegung? *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10, 29-32.
- D’Alisa, Giacomo, Demaria, Federico, Kallis, Giorgos (Eds.) (2014). *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*. Routledge.
- Demaria, Federico, Schneider, François, Sekulova, Filka, Martinez-Alier, Joan (2013). What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. *Environmental Values* 22 (2): 191-215.
- Kallis, Giorgos (2011). In defence of degrowth. *Ecological Economics* 70, 873-880.
- Research & Degrowth (2012). Degrowth Netzwerk, <http://degrowth.org> (01.12.2015).
- Schneider, Francois, Kallis, Giorgos, Martinez Alier, Joan (2010). Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue, *Journal of Cleaner Production*, 18/6, 511-518.
- Van den Bergh, Jeroen (2011). Environment versus growth – A criticism of “degrowth” and a plea for “a-growth”. *Ecological Economics* 70, 881-890.

Postwachstumsgesellschaft – Die Renaissance der Wachstumskritik

Steckbrief

Postwachstumsgesellschaft bezeichnet eine Vision der Wirtschaft, die nicht mehr stark von Wirtschaftswachstum abhängig ist und gerade deshalb zu höherer Lebensqualität und langfristiger Stabilität innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit beiträgt.

VertreterInnen: Tim Jackson, Niko Paech, Peter Victor, Irmi Seidl, Angelika Zahrt

Perspektive: Entwickelte Länder, vorwiegend in Europa

Ansatz: Wissenschaftlich

Vor 40 Jahren machte die Veröffentlichung von **Grenzen des Wachstums** Furore. Der Bericht von Dennis und Donella Meadows an den Club of Rome war Anpfiff für eine wachstumskritische wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte, die seither in unterschiedlichen Wellen und Intensitäten geführt wird. In den letzten Jahren bekommen die Diskussionen neuen Aufwind.

WachstumskritikerInnen, die vorwiegend aus dem wissenschaftlichen Umfeld kommen, argumentieren entlang folgende Linie:

- Wachstum hat in der Vergangenheit in den früh-industrialisierten Staaten für Wohlstand gesorgt, aber die Zeiten haben sich geändert.
- Mittlerweile ist Wachstum aus globaler Perspektive mehr Teil des Problems geworden als Teil der Lösung. Es stößt aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen zunehmend an Grenzen.
- Das westliche Wohlstandsmodell ist nicht auf die ganze Welt übertragbar.
- Ein neues Wohlstandskonzept, das ohne oder mit wenig Wachstum auskommt ist notwendig, möglich, und wünschenswert.

Wachstumskritiker meinen, die „Wachstumsfrage“ sei eine fundamentale Frage unserer Lebensgrundlagen. Weil wirtschaftliches Wachstum unabdingbar an den Verbrauch von physischen Ressourcen gekoppelt ist, würden sich **empirische Belege für globale Umweltprobleme** häufen. Klimawandel und Artensterben gelten als prominente Schlagwörter. Außerdem komme es zu einer Verknappung der natürlichen Ressourcen („**Peak Everything**“), auf deren unbegrenzter und billiger Verfügbarkeit das industrielle Wohlstandsmodell bislang aufbaut. Die Nebenwirkungen von Wachstum würden auch in sozialer Hinsicht immer sichtbarer, wenn es beispielsweise um die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen geht. Auch in ökonomischer Hinsicht würden Grenzen als Dauerprobleme spürbar. Die derzeitige Eskalation der

1970s:

There are no limits

1980s:

There might be limits,
but they are far away.

1990s:

The limits might not be
too far away, but the
market will solve the
problem

2000s:

The markets
might not function,
but technology
will save us.

*Dennis Meadows,
Co-Autor von Grenzen
des Wachstums*

Finanzmärkte und der massive Schuldenanstieg im privaten und öffentlichen Sektor seien Indikatoren in diese Richtung.

Das Wachstumsparadigma wird im Kern für diese Entwicklungen verantwortlich gemacht. Weil Wachstum zu massiven Problemen führt, fehlendes Wachstum unter den gegebenen Rahmenbedingungen aber auch, und eine Rückkehr zu gewohnten Wachstumsraten sehr unwahrscheinlich scheint, lautet die Forderung: Es bedarf eines Umbaus der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einem System, das mit keinem oder weniger Wachstum auskommt – einer Wirtschaft und Gesellschaft „Post Wachstum“.

Als attraktive Botschaft wird angeführt, dass Wachstum in den reichen Ländern schon heute nicht mehr per se mit einer steigenden Lebensqualität einhergeht. Teilweise wäre sogar das Gegenteil der Fall. Die Abkehr vom Wachstumsparadigma wird aus dieser Sicht als Chance begriffen, sich von materiellem Ballast zu befreien und sich auf grundlegende – meist immaterielle – Werte eines guten Lebens zu besinnen.

In den letzten Jahren, speziell seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise, hat sich die Wachstumskritik zu einer lebhaften Diskussion entwickelt, die auch Medienwirksamkeit erreicht. Artikel und Sonderausgaben erscheinen in unterschiedlichen Printmedien am laufenden Band; zahlreiche Konferenzen und Workshops widmen sich dem Thema. Im folgenden Abschnitt werden einige zentrale AkteurInnen der aktuellen Wachstumsdebatte vorgestellt.

Tim Jackson gilt mit seinem Buch *Prosperity Without Growth* als „Popstar“ der wachstumskritischen Community und hat weit darüber hinaus Bekanntheitsgrad erreicht. Er analysiert den Zusammenhang zwischen Wohlstand, Wohlergehen, Wachstum und Nachhaltigkeit und stellt die These auf, dass Wohlstand ohne Wachstum möglich ist. Aufbauend auf seiner Analyse richtet Tim Jackson einen Katalog an Vorschlägen an die Politik, wie der Übergang zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft angestoßen werden kann. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen geht es erstens um den Aufbau einer ökologischen Makroökonomie, die innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit Stabilität erzeugt und strukturell nicht mehr von Konsumwachstum angetrieben werden muss; zweitens um den Schutz der Verwirklichungschancen zum menschlichen Erblühen; und drittens um die Einhaltung von ökologischen Grenzen. Letztlich geht es darum Möglichkeitsräume und Gestaltungsspielräume zu schaffen, damit die Vision Wirklichkeit werden kann: „human flourishing“ innerhalb von ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten.

We are persuaded
to spend money
we don't have
on things
we don't need
to create impressions
that won't last
on people
we don't care about.
*Tim Jackson, Professor
an der Universität Surrey*

Niko Paech plädiert in seinem letzten Buch *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie* für einen Abschied vom konventionellen Wohlstandsmodell. Warum? Erstens, weil Menschen in modernen Konsumgesellschaften über ihre Verhältnisse leben, da der durch Wachstum aufgebaute Wohlstand nur durch „ökologische Plünderung“ möglich ist. Und zweitens, weil alle Versuche, Wachstum durch technische Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln, im besten Fall zum Scheitern verurteilt sind und im schlechtesten Fall zu einer Verschlimmerung der Situation führen. Als Alternativprogramm schlägt Niko Paech eine Postwachstumsökonomie vor, die sich an Suffizienz und Subsistenz orientiert. Ihm geht es um einen teilweisen Rückbau industrieller, vor allem global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zugunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster. Und um das Abschütteln von unnötigem materiellen Ballast, der die Aussicht auf mehr Zeit und Glück eröffnet. Konkrete Maßnahmen für den vorgeschlagenen Um- und Rückbau der Wirtschaft reichen von Reparatur-, Instandhaltungs- und Pflegemaßnahmen, über kürzere Transportwege, mehr handwerkliche sinnstiftende Wertschöpfung, bis hin zu regionalen Komplementärwährungen, der verstärkten Gemeinschaftsnutzung von Gütern und Nachhaltigkeitsbildung als Pflichtfach in Schulen. Die Grundidee wurde bereits 2007 entwickelt und seither laufend zur Diskussion gestellt.

Irmi Seidl und **Angelika Zahrnt** haben 2010 das Buch *Postwachstums-gesellschaft. Konzepte für die Zukunft* herausgegeben und damit die Debatte in Deutschland und im deutschsprachigen Raum belebt. Ihr Fokus liegt, wie der Name schon sagt, auf dem gesellschaftlichen Wandel, den es neben einem ökonomischen, technischen und strukturellen Wandel braucht, um sich vom Wachstumszwang zu befreien. Es geht im Kern darum zu reflektieren, wie zentrale Gesellschaftsbereiche und Institutionen, die heute Wachstum antreiben oder davon abhängig sind, umgestaltet werden könnten, damit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft das Wachstumsziel aufgeben können. Die behandelten Bereiche sind beispielsweise die Alterssicherung, das Gesundheitswesen, Bildung, der Arbeitsmarkt, Finanzmärkte, Staatsfinanzen oder BürgerInnenschaft. In jedem Bereich wurden Fachpersonen eingeladen, umsetzbare Konzepte und Praxiserfahrungen aufzuzeigen, die eine Entwicklung zu einer Postwachstumsgesellschaft ermöglichen. Abschließend wurden Thesen formuliert, die Kristallisationspunkte für den gesellschaftlichen Diskurs darstellen sollen. Zum Beispiel wurde im Bereich der Alterssicherung vorgeschlagen, den monetären Generationenvertrag durch einen nicht-monetären, sozialen Generationenvertrag zu ergänzen. Oder das Gesundheitssystem zu einem von Eigenverantwortung mitgeprägten, kosteneffizienten Solidarsystem zu transformieren. Für WissenschaftlerInnen wurde eine Forschungslandkarte

Durch den Abwurf von Wohlstandsballast hätten wir die Chance, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehens Schwindelanfälle zu erleiden.

*Niko Paech,
Professor an der
Universität Oldenburg*

Gut leben statt viel arbeiten.
*Angelika Zahrnt,
Ehrenvorsitzende
des BUND*

einer Postwachstumsgesellschaft abgebildet, um Fragen aufzuwerfen und weiter darüber nachzudenken.

Peter Victor präsentiert in seinem Buch *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster* ein makroökonomisches Modell für die kanadische Wirtschaft, um der Frage nachzugehen: Können Vollbeschäftigung, Armutsreduzierung, fiskalische Stabilität und verminderte Treibhausgasemissionen ohne substantielles Wirtschaftswachstum erreicht werden? Er simuliert unterschiedliche Szenarien für die kanadische Wirtschaft und zeigt unter Anwendung verschiedener Politikmaßnahmen, dass die wesentlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen auch ohne substantielles Wachstum möglich sind. In einem relativ konservativen, anschlussfähigen Rahmen wird damit deutlich, dass es sich durch eine Wahl von angemessenen Politikmaßnahmen auch ohne Wachstum gut wirtschaften und leben lässt.

Managing without growth seems like a very radical, even crazy idea, yet for all but the tiniest sliver of time since humans evolved, humanity has managed without growth.

*Peter Victor,
Professor an der
Universität York*

In ihrem 2013 erschienenen Buch *Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder herauskommen* skizzieren **Christine Ax** und **Fritz Hinterberger**, wie wir in Zukunft ohne Wachstum besser leben werden. Sie erörtern den Ursprung unserer Wachstumseuphorie, widerlegen die gängige Annahme, dass endloses Wachstum eine schlicht notwendige Voraussetzung für das Funktionieren unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist und erklären, weshalb Wachstum keine zeitgemäße Antwort auf aktuelle Probleme darstellt. Anhand von zahlreichen Beispielen, die auch für ökonomische Laien nachvollziehbar sind, zeigen die AutorInnen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Organisation von Bildung und Pflege, Armutsverringerung sowie die Bekämpfung des Klimawandels durchaus auch ohne stetiges Wirtschaftswachstum möglich sind.

Weiterführende Quellen und Links

Ax, Christine, Hinterberger, Friedrich (2013). *Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder herauskommen*. Ludwig: München.

Institut für Wachstumsstudien:

<http://www.wachstumsstudien.de/> (01.12.2015).

Jackson, Tim (2009). *Prosperity Without Growth*. Earthscan: London.

Miegel, Meinhard (2010). *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. List: Berlin.

Muraca, Barbara (2014). *Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Klaus Wagenbach: Berlin.

Paech, Niko (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. Oekom: München.

Postwachstumsgesellschaft (2012). *Blog zur Postwachstumsgesellschaft*,

<http://www.postwachstum.de> (01.12.2015).

Seidl, Irmi, Zahrnt, Angelika (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Metropolis: Marburg.

Victor, Peter A. (2008). *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster*. Edward Elgar: Cheltenham.

Kapitalismuskritik – Forderung nach einem umfassenden Systemwechsel

Steckbrief

Die Ursache der ökologischen Krise wird im kapitalistisch-modernen Gesellschaftssystem gesehen. Um eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen, sind daher umfassende gesellschaftliche Veränderungen notwendig, wie z. B. der Abbau von Marktmechanismen, die Vergesellschaftung wichtiger Wirtschaftsbereiche oder die Reduktion von Machtverhältnissen.

VertreterInnen: Ulrich Brand, Saral Sarkar, Rudolf Bahro

Perspektive: global

Ansatz: wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich

Kapitalismuskritische Ansätze gehen davon aus, dass die Ursachen der ökologischen Krise in wesentlichen Merkmalen des kapitalistisch-modernen Gesellschaftssystems begründet liegen. Letzteres ist durch grundlegende gesellschaftliche Verhältnisse geprägt, beispielsweise das Kapitalverhältnis mit seiner inhärenten Wachstumslogik, Patriarchat, Industrialismus, Herrschaft, sowie die damit verbundenen Kulturmuster und Subjektformen. Diese werden als Ursache für die krisenhafte Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur betrachtet, welche sich nicht nur in der ökologischen Krise, sondern vielmehr in einer multiplen, alle Lebensbereiche umfassenden Krise manifestiert. Eine sozial-ökologische Transformation ist demnach nur möglich, wenn es zu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen kommt. In diesem Zusammenhang wird u. a. gefordert, Marktmechanismen abzubauen, zentrale Wirtschaftsbereiche zu vergesellschaften und Machtverhältnisse zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund werden hier exemplarisch drei Strömungen vorgestellt.

Herrschaftskritische Ansätze betonen, dass die ökologische Krise Resultat einer herrschaftlich strukturierten Gesellschaft ist, die sich nur durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur aufrechterhalten kann. Demnach beeinflussen herrschaftsförmige soziale Strukturen, die beispielsweise durch Staat, Kapitalverhältnis oder Patriarchat geprägt werden, die (Konsum-)Kultur der nördlichen Industriegesellschaften. Für deren Aufrechterhaltung sei jedoch ein steigender Aufwand notwendig: Herrschaft erfordere sinnlosen Konsum, um Privilegien abzusichern und Unterdrückung zu kompensieren, was einen zusätzlichen Ressourcenverbrauch verursacht. Um eine ökologische Transformation zu ermöglichen, ist aus Sicht der Herrschaftskritik eine Abkehr von jeglicher Form von Herrschaft notwendig. Der Rückbau von Staat, Kapitalismus, Patriarchat sowie großen Organisationen und ihren immanenten Hierarchien wird als Ausweg aus der ökologischen Krise gesehen. Globales Res-

„Wachstum muss in Verbindung mit der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise gesehen werden. Diese ist nicht nur ein Produktions- und Konsumsystem, sie ist auch ein System von Macht und Herrschaft – auch und gerade über die Natur.“

*Ulrich Brand,
Professor an der
Universität Wien*

sourcenmanagement wird als Alternative abgelehnt, da es als technokratischer Ansatz betrachtet wird, der zur Wiederherstellung von Herrschaft führe, ohne zur Lösung ökologischer Probleme beizutragen. Stattdessen wird die Lösung in selbst verwalteten, lokal und regional orientierten Produktions- und Lebensweisen gesehen, die gemäß dem Prinzip der „freien Kooperation“ netzwerkartig miteinander verbunden sind.

Im Mittelpunkt des Konzepts des **Ökosozialismus** steht die Überwindung der kapitalistischen Wachstumsdynamik, welche durch den steigenden Verbrauch endlicher Ressourcen und die Belastung der natürlichen Tragfähigkeit von Ökosystemen zu ökologischen Krisen führt. Die Grenzen des Wachstums durch technologischen Fortschritt zu lösen, wird als illusionär betrachtet, weshalb ein Schrumpfen von Wirtschaft und Bevölkerung auf einen ökologisch verträglichen Gleichgewichtszustand als unvermeidbar angesehen wird.

In einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, welches durch einen Wachstumszwang geprägt ist, würde ein Schrumpfungsprozess jedoch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Ein friedlicher und demokratischer Übergang in eine stationäre Ökonomie (vgl. Steady State Economy) wäre demnach nur im Rahmen des Ökosozialismus möglich, welcher die Überwindung des Wachstumszwangs durch Maßnahmen wie der Vergesellschaftung wichtiger Produktionsmittel, wirtschaftliche Rahmenplanung, egalitäre Verteilung oder arbeitsintensivere Technologien möglich machen soll. Diese neue Form des Sozialismus sei nicht nur aufgrund der ökologischen Notwendigkeit, sondern auch wegen seiner moralischen und sozialen Werte begrüßenswert. Ökosozialismus ist grundlegend vom Realsozialismus abzugrenzen, wo wie auch im Kapitalismus Umweltzerstörung an der Tagesordnung stand. Da Konsumverzicht derzeit noch nicht populär sei, müsse die gesellschaftskritische Aufklärung und Politik vor allem darauf abzielen, die Menschen von der Notwendigkeit und den Vorzügen von Verzicht und Schrumpfung zu überzeugen.

Eine weitere Strömung kapitalismuskritischer Ansätze findet sich im Bereich der **Industrialismuskritik**. Als Ursache der ökologischen Krise wird die industrielle Produktionsweise gesehen, welche zur systematischen Übernutzung von Natur führe. Die Lösung wird in einer Rücknahme des Wachstums sowie der industriellen Kultur gesehen. Das hierarchische Industriesystem würde Menschen degenerieren und kompensatorische Konsumbedürfnisse schaffen, die nur industriell befriedigt werden können. In einer von Konkurrenz geprägten Gesellschaft seien Menschen ständig mit Abstiegsängsten konfrontiert, welche durch Konsum auszugleichen versucht werden und dadurch Wachstum

antreiben. Eine Alternative wird von IndustrialismuskritikerInnen, allen voran Rudolf Bahro, in einer Kultur der Genügsamkeit gesehen, die durch liebevolle Zuwendung und Gemeinschaftsorientierung geprägt ist. Die Verringerung der Arbeitsteilung und eine lokal orientierte Produktion mit vereinfachten technischen Mitteln soll es ermöglichen, einen Großteil der Güter des täglichen Bedarfs umweltverträglich und menschenwürdig herzustellen. Angestrebt wird in diesem Zusammenhang nicht ein Zurück zu vormoderner Technik, sondern eine konviviale Technik¹, die die Arbeit von Menschen erleichtert und wieder zu einer gesellschaftlichen Autonomie über die technologische Entwicklung führt.

Um diesen Übergang zu bewerkstelligen, bedürfe es der Überwindung des kapitalistischen Industrialismus. Dafür sei jedoch zunächst ein kultureller Wandel notwendig, der bei den Menschen selbst ansetzt, sodass grundlegende menschliche Werte wie Sanftheit und Ganzheitlichkeit wieder zum Vorschein treten.

Die Anzahl der VertreterInnen kapitalismuskritischer Konzepte sowie deren Popularität ist eher überschaubar. Das könnte u. a. darauf zurückgeführt werden, dass die auf eine Systemüberwindung abzielenden Positionen, welche einen einfachen, geringeren materiellen Lebensstandard propagieren, in einem noch funktionierenden Gesellschaftsmodell eher wenig attraktiv erscheinen. Allerdings ist es einigen Wissenschaftlern (z. B. Ulrich Brand, Christoph Görg) in letzter Zeit gelungen, mit globalisierungs- und herrschaftskritischen Forschungsansätzen in Wissenschaft und Forschung Akzeptanz zu finden.

Weiterführende Quellen und Links

Adler, Frank, Schachtschneider, Ulrich (2010). Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. Oekom: München.

Alt, Franz, Bahro, Rudolf, Ferst, Marko (2002). Wege zur ökologischen Zeitenwende. Reformalternativen und Visionen für ein zukunftsfähiges Kultursystem. Ed. Zeitsprung: Berlin.

Brand, Ulrich (2014). Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. *Prokla* 44(2), 175, 289–306.

Sarkar, Saral, Kern, Bruno (2008). Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik. Hg.: Initiative Ökosozialismus, Köln.

Online: http://oekosozialismus.net/oekosoz_akt_05_2008_rz.pdf (01.12.2015)

Sarkar, Saral (2010). Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie. Hg.: Initiative Ökosozialismus, AG SPAK Bücher Neu-Ulm

Spehr, Christoph (1996). Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise. Promedia: Wien.

Initiative Ökosozialismus (2015). www.oekosozialismus.net (01.12.2015)

1 Der Begriff "konviviale Werkzeuge" wurde von Ivan Illich geprägt und bezeichnet ein Werkzeug, welches von jedem Menschen ohne größere Vorkenntnisse verwendet werden kann, um mit anderen zusammenzuarbeiten und zusammenzuleben.

Soziale Innovationen und Mentale Infrastrukturen

Steckbrief

Neben technischen und politischen Lösungen sind auch sozial-psychologische und kulturelle Dimensionen wesentliche Punkte für eine sozial-ökologische Transformation. Um unsere „mentalen Infrastrukturen“ zu ändern, benötigt es neue Leitvorstellungen und das Experimentieren mit neuen Lebensentwürfen.

VertreterInnen: Andreas Exner, Harald Welzer

Perspektive: lokal

Ansatz: wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich

Ein Großteil der Wachstumskritik richtet sich an die politische und ökonomische Ebene des Wachstumszwangs. Doch die Vorstellung und das Streben nach Wachstum herrschen nicht nur in Politik und Wirtschaft vor, sondern sind auch tief in den Köpfen der Menschen verankert. Um ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu verwirklichen, sei es nötig, dass das Wachstumsparadigma durch ein Paradigma des guten Lebens für alle abgelöst wird. Dafür brauche es eine große soziale Transformation, die durch soziale Innovationen in Gang gesetzt werden können (Exner/Lauk, 2012).

Im Gegensatz zu technischen Innovationen liegt der Fokus bei **sozialen Innovationen** auf Verhaltensänderungen von Individuen und der Änderung sozialer Normen. Es geht dabei primär um die Entwicklung und Umsetzung neuer sozialer Praktiken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die oft aus der Suche nach einer Lösung für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen entstehen. Daraus ergeben sich meist neue Formen der Kommunikation und Kooperation.

Soziale Innovationen werden zwar auch von BefürworterInnen nachhaltigen Wachstums propagiert; aus einer Postwachstumsperspektive hingegen wird auf die Notwendigkeit sozialer Innovationen insbesondere aufgrund von Vorbehalten gegenüber dem Problemlösungspotenzial technologischer Entwicklungen hingewiesen. Zudem wird das Potenzial sozialer Innovationen betont, die zentralen Strukturen des Kapitalismus – Markt, Lohnarbeit und staatliche Intervention – zu überwinden, um ein Wirtschaften ohne Wachstum möglich zu machen.

Der Wachstumsbegriff nimmt seit einigen Jahrzehnten einen zentralen Stellenwert in der Ökonomik ein. Da Wachstum als Allheilmittel für Wohlstand, Verringerung sozialer Ungleichheit oder geringere Arbeitslosigkeit gesehen wird, traue es sich heutzutage keinE PolitikerIn, wirtschaftspolitische Konzepte zu propagieren, die eine „dezidierte Abkehr von der Zivilreligion des Wachstums bedeuten“ (Welzer, 2011).

Zentrale Herausforderungen wie die Klimaerwärmung sind durch bedenkenlosen Einsatz von Technik entstanden, weshalb viele Versuche, sie durch "bessere" Technik zu beheben, Teil des Problems und nicht der Lösung sind.
*Harald Welzer,
Professor an der
Universität Flensburg*

Materielle Güter befriedigen nicht nur unsere grundlegenden Bedürfnisse, sondern sagen auch etwas über sozialen Status, Beziehungen und kulturelle Vorlieben aus. Zugehörigkeit und Identität werden maßgeblich durch materielle Güter geprägt. Unsere Wünsche, Hoffnungen und Werte seien durch die Idee des Wachstums geprägt, was sich im ständigen Wunsch nach etwas Neuem, nach steigendem Besitz oder Einkommen oder dem Bedürfnis, auf der Karriereleiter aufzusteigen, niederschlägt. Diese Lust nach Neuem, nach Konsum und Wachstum ist laut Harald Welzer als „mentale Infrastruktur“ in den emotionalen und kognitiven Haushalt jedes Einzelnen und jeder Einzelnen verankert. Eine sozial-ökologische Transformation bedarf deshalb nicht nur technischer und politischer Lösungen; zentral ist auch die Berücksichtigung von sozialpsychologischen und kulturellen Dimensionen. Für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sind demnach auch soziale Innovationen und eine gesellschaftliche Transformation notwendig.

Konkret geht es Welzer zufolge nicht allein darum, Ratschläge für richtiges Verhalten zu geben oder die Frage zu stellen, welches Ausmaß an materiellen Gütern ausreichend für die persönliche Zufriedenheit wäre. Zentral sei hier, dass jene Mechanismen und Prinzipien in den Blick genommen werden, auf denen unsere Bedürfnisse, Auffassungen und Wahrnehmungen von Zufriedenheit basieren.

Für eine Veränderung unserer mentalen Infrastrukturen benötigt es einerseits neue Leitvorstellungen, andererseits auch das Ausprobieren von neuen Lebensentwürfen. In diesem Zusammenhang schlägt Welzer vor, eine Vision zu entwickeln, die beschreibt, wie wir im Jahr 2030 oder 2050 gelebt haben möchten. Diese Erzählung sollte Menschen bewegen, neue Identitäten stiften und auch das Experimentieren mit alternativen Lebensformen beinhalten.

Weiterführende Quellen und Links

Exner, Andreas, Lauk, Christian (2012): Social Innovations for Economic Degrowth. *The Solutions* 3(4): 45-49.

Howaldt, Jürgen, Jacobsen, Heike (Hg.) (2010). Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden.

Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Schriften zur Ökologie, Bd. 14.

Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken

Buen Vivir und Post-Extraktivismus – Aufbruchsstimmung in den Andenstaaten

Steckbrief

Das südamerikanische Konzept des „guten Lebens“ verfolgt ein Gleichgewicht mit der Natur, die Reduktion von sozialer Ungleichheit, eine solidarische Wirtschaft und eine pluralistische Demokratie mit neuen Räumen zivilgesellschaftlicher Partizipation.

VertreterInnen: Alberto Acosta (Ecuador) und Eduardo Gudynas (Uruguay)

Perspektive: Ausgangspunkte sind Ecuador und Bolivien, mit der Perspektive auf globale Relevanz

Ansatz: Politisch, wissenschaftlich, zivilgesellschaftlich

Buen Vivir bedeutet so viel wie: das gute Leben. Das südamerikanische Konzept ist eine systemkritische Antwort auf das westliche Entwicklungsdogma der letzten Jahrzehnte. Die neoliberalen Reformen, die die politische Agenda Südamerikas in den 80er und 90er Jahren wesentlich geprägt haben, haben nicht wesentlich geholfen, die soziale Situation der Armen zu verbessern und extreme Ungleichheiten abzubauen (Fathauer, 2011). Buen Vivir stellt einen Gegenentwurf zum kapitalistischen Lebensmodell dar. Es kann als neues Entwicklungskonzept verstanden werden, das sich vom westlichen Wohlstandsparadigma verabschieden will.

Sumak Kawsay ist der ursprüngliche, sehr schillernde Quechua-Begriff. Sumak bedeutet das Gute und Schöne, das Erhabene und Wunderbare. Kawsay bedeutet leben, verstanden als aktiver, sich verändernder Prozess. Sumak Kawsay wird als Buen Vivir (gutes Leben) oder Vivir Bien (gut leben) ins Spanische übersetzt (Schmid, 2011).

Im Kern steht Buen Vivir für ein post-modernes, post-koloniales und post-kapitalistisches Konzept, in dem es um eine Rückbesinnung auf die **Lebensphilosophie der indigenen Völker** Südamerikas geht. VerfechterInnen des Konzepts betonen neben den indigenen Traditionen und Wertvorstellungen eine Vielfalt von Realitäten und Lebensformen (Pluralismus) und ein **neues Verständnis der Natur**. Demnach hat Natur intrinsischen Wert; die übermäßige Ausbeutung und Instrumentalisierung der Natur als Ressource wird verurteilt. Buen Vivir sei zudem nur im sozialen Zusammenhang denkbar. Alberto Acosta formuliert: Buen Vivir für Alle, nicht Dolce Vita für Wenige.

Das Konzept des Buen Vivir beruht darauf, dass sich die Gesellschaft die Frage stellt: Wie viel sollen wir konsumieren, wie sollen wir uns sozial entfalten, gibt es Alternativen zur Konsumgesellschaft?

*Jorge Juado,
Ecuadorianischer
Botschafter*

Buen Vivir ist damit scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens in der westlichen Tradition, die beispielsweise auf Aristoteles oder Amartya Sen zurückgeht. Bei Buen Vivir steht nicht der Mensch im Mittelpunkt sondern alles, was existiert, bildet eine Einheit (Schmid, 2011). Es wäre daher zu kurz gegriffen Buen Vivir mit der Erhöhung des individuellen Wohlbefindens und einem hohen Lebensstandard gleichzusetzen.

Ecuador ist das Land, das als erstes mit Buen Vivir in Verbindung gebracht wird. Aber auch in anderen südamerikanischen Ländern wird über das gute Leben diskutiert. In **Bolivien** ist von Vivir Bien die Rede. In diesen Ländern haben progressive Regierungen Privatisierungen gestoppt und teilweise rückgängig gemacht und akzentuieren eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und sie scheinen Erfolg damit zu haben: die Präsidenten Evo Morales (Bolivien) und Rafael Correa (Ecuador) sind beide bisher durch zwei Wahlen bestätigt worden und ihre Popularität nimmt grosso modo eher zu (Fatheuer, 2011).

In beiden Ländern hat Buen Vivir **Verfassungsrang**. Die Verfassungen wurden 2008 in Ecuador und 2009 in Bolivien mit großer Mehrheit angenommen und gelten für Viele als Wegbereiter für fundamentale strukturelle Änderungen. In den Verfassungen wurde das **Recht auf ein gutes Leben** und die **Natur als Trägerin von Rechten** als Leitprinzipien festgeschrieben. Dazu zählen unter anderem das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Erziehung und Wasser. Damit sollen Menschenrechte durch die Rechte der Natur ergänzt werden und umgekehrt. Schlussendlich soll der Versuch einer politischen Umsetzung von Sumak Kawsay in eine permanente Anstrengung zur partizipativen Demokratisierung der Gesellschaft führen, ausgehend von einer soliden BürgerInnenschaft (Acosta, 2009).

Seit dem Inkrafttreten der Verfassungen sind teilweise Erfolge zu verzeichnen. So lässt Ecuador im Yasuní-Nationalpark im Amazonas-Becken Erdölreserven im Gegenzug von Zahlungen der internationalen Gemeinschaft im Boden. Präsident Correa sorgt damit seit 2007 mit der einzigartigen **Yasuní-Initiative** für Furore. Texaco (bzw. Chevron) und BP wurden 2011 und 2010 in Ecuador zu Schadenersatzzahlungen verurteilt, weil sie durch die Ölförderung im Amazonasgebiet große Schäden angerichtet haben. Das war möglich, weil Ecuador als einziges Land die Natur als Trägerin von Rechten anerkennt (Schmid, 2011). Gleichzeitig ist das Konzept umstritten, weil an vielen Stellen sichtbar wird, wie schwierig die Umsetzung der Vision Buen Vivir in der Realpolitik ist. Es bleibt offen, ob ein neuer Rohstoffboom mit hohen zu erwartenden Einnahmen einsetzt und umstrittene Bergbau- und Infrastrukturprojekte und Erdölförderung in Naturschutzgebieten weitergehen.

Der ecuadorianische Botschafter Jorge Jurado meinte in einem taz-Interview im April 2012, er sehe die größten Chancen und Möglichkeiten für die ärmsten Entwicklungsländer, das Konzept des Buen Vivir aufzugreifen. In den hoch entwickelten Industrienationen bestehe die Chance darin, eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums zu entfachen.

Eng verknüpft mit dem Konzept Buen Vivir ist die Diskussion um **Post-Extraktivismus**. In Südamerika wird derzeit eine rege Debatte über Alternativen zum derzeit vorherrschenden Entwicklungsmodell des Extraktivismus geführt. Diese Entwicklungsstrategie basiert auf einer höchstmöglichen Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export, welche mit verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen verbunden ist. Aus geopolitischer Perspektive handelt es sich dabei um ein Sinnbild globaler Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Zentrums und jenen der Peripherie. Um die Abhängigkeit vom Extraktivismus zu beenden, wird von verschiedensten Bewegungen und TheoretikerInnen eine sog. „Transition zum Post-Extraktivismus“ gefordert. Im Zentrum der Überlegungen stehen dabei eine substanzielle Verminderung der Rohstoffförderung sowie die Ausarbeitung von Alternativen zu vorherrschenden Wirtschaftskonzepten. Im Kontext Lateinamerikas stehen hier vor allem die Bekämpfung von Armut sowie die Erhaltung der Natur im Zentrum.

Weiterführende Quellen und Links

Acosta, Alberto (2009): Das „Buen Vivir“. Die Schaffung einer Utopie, in: Juridicum 2009/4.

Fatheuer, Thomas (2011). Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur, Band 17 der Schriftenreihe Ökologie. Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin.

Gudynas, Eduardo (2012): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung. In: Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. FDCL e.V. & Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 144-161.

Schmid, Elisabeth (2011). Die Frage nach dem guten Leben. Ein kritischer Vergleich des Fähigkeitsansatzes von Amartya Sen mit dem verfassungsrechtlichen Leitprinzip des Sumak Kawsay in Ecuador. Master-These: Donau- Universität Krems.

Gemeinwohl-Ökonomie – Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

Steckbrief

Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet eine Vision eines alternativen Wirtschaftssystems, das auf gemeinwohlfördernden Werten wie Kooperation und Solidarität aufgebaut ist. Sie versteht sich als ergebnisoffener und partizipativer Entwicklungsprozess.

VertreterInnen: Verein zur Förderung der Gemeinwohlökonomie, derzeit ca. 1700 Unternehmen

Perspektive: Global

Ansatz: Zivilgesellschaftlich

Die Gemeinwohl-Ökonomie beschreibt zentrale Elemente einer alternativen Wirtschaftsordnung. Das Ziel ist die Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens für gemeinwohl-orientiertes Wirtschaften, der in einen verbindlichen Rechtsrahmen eingebettet werden soll. Gemeinwohl-orientiert wirtschaften bedeutet, dass unternehmerisches Handeln nicht mehr primär auf Konkurrenz und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern sich an den Zielvariablen **Gemeinwohlstreben und Kooperation** orientiert. Die Gemeinwohl-Ökonomie kann damit als ein Versuch verstanden werden, auf Werten aufzubauen, die zwischenmenschliche Beziehungen gelingen lassen. Dazu zählen Vertrauen, Verantwortung, Mitgefühl, Teilen und Solidarität.

Das vorgeschlagene Modell stützt sich auf zwei Kernelemente: die Gemeinwohl-Bilanz und 10 inhaltliche Eckpunkte. Hinter der **Gemeinwohl-Bilanz** steckt die Idee, unternehmerischen Erfolg nicht mehr als monetären Gewinn zu messen (wie in konventionellen Bilanzen), sondern als Fortschritt eines Unternehmens zur Gemeinwohl-Ökonomie. Es geht den VerfechterInnen darum, das zu messen, was „wirklich zählt“, und das sei im Vergleich zum jetzigen Wirtschaften: sozialer, ökologischer, demokratischer, solidarischer. Je mehr Unternehmen nach gemeinwohl-orientierten Werten handeln würden, desto besser wäre ihre Gemeinwohl-Bilanz. Eine gute Bilanz soll durch eine Fülle von Anreizen und „systemische Aufschaukelungen“ belohnt werden. Das heißt, Unternehmen würden für Kooperation belohnt, z. B. in Form von niedrigeren Steuern oder günstigeren Krediten, und für Kon(tra)kurrenz benachteiligt. Die Gemeinwohl-Bilanz wäre ein freiwilliges Instrument, das von Unternehmen selbst erstellt wird, aber das später verpflichtenden Charakter annehmen soll. Welche Elemente die Bilanz konkret enthalten soll, ist Gegenstand eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses, an dem viele Menschen beteiligt sind. Derzeit liegt eine Bilanz-Version 4.1 vor. An einer Version 5.0 wird derzeit mit einem internationalen Matrix-Entwicklungsteam gearbeitet.

Würde, Respekt, ökologische und soziale Verantwortung sind unerlässlich für eine Zukunft auf dieser Welt. Was bleibt nach dem Leben? Der Planet, unsere Kinder und die Erinnerung an uns – nehmen wir diese Verantwortung endlich in der Wirtschaft an!
Lisa Muhr, Mitgründerin von Göttin des Glücks, Pionierunternehmerin in der Gemeinwohl-Ökonomie

Die **10 inhaltlichen Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie** sind einer ständigen Diskussion und Weiterentwicklung unterworfen. Sie beinhalten einige innovative Vorschläge. So soll beispielsweise auf der Makro-Ebene das **Gemeinwohl-Produkt** das BIP als Erfolgsindikator ablösen. Da **Unternehmensgewinne** nicht der Vermögensvermehrung externer KapitalgeberInnen dienen sollen, sondern dem Unternehmen sowie den Beschäftigten zugutekommen sollten, entstehen Freiräume für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, das frei von Wachstumszwängen ist. Zudem sind direkt gewählte **regionale Wirtschaftsparlamente**, **Demokratische Allmenden** (oder Commons) im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich, sowie ein **demokratisches Banken- und Finanzsystem** vorgesehen. Die Initiierung einer **Fair-Handelszone** („Gemeinwohl-Zone“) wird angestrebt und das Schul- und Bildungssystem soll gemeinwohl-orientierte Werte vermitteln, wie z. B. Gefühlkunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrungskunde und Körpersensibilisierung. Alle 10 Eckpunkte sollen in einem breiten Beteiligungsprozess ausreifen. Am Ende der Reise steht die politische Forderung nach **demokratischen Konventen**, die die demokratisch ausgehandelten Leitplanken in Gesetze gießen und politisch verankern. Mit Hilfe von Volksabstimmungen sollen Teile des Modells auch in den Verfassungen verankert werden.

Die Basis für den **Entwicklungsprozess** zur Gemeinwohl-Ökonomie bildet das gleichnamige Buch, welches 2010 unter Beteiligung vieler AdvokatInnen veröffentlicht wurde. Der Autor und politische Aktivist Christian Felber hat die Grundlagen dafür zusammengetragen und ausgearbeitet. 2011 traten 15 Pionierunternehmen als erste Advokaten auf. Kurz darauf begann der Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie mit der Vision, den Kreis der mitmachenden Unternehmen und PionierInnen zu erhöhen. Mit Ende 2014 unterstützten über 1.700 Unternehmen, 200 Vereine, 20 Gemeinden und 5000 Privatpersonen aus mehreren Staaten die Initiative. In zahlreichen Regionen wurden erste sogenannte Energiefelder (regionale Unterstützungsgruppen) von engagierten Personen gegründet, die sich für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie einsetzen. Die in Österreich entstandene Idee breitet sich so in den letzten Jahren kontinuierlich aus und findet bisher v. a. im deutschsprachigen Raum sowie in Spanien und Lateinamerika Verbreitung.

Weiterführende Quellen und Links

- Byrant, Chris (2014). A corporate balance sheet with a little added love. Financial Times 19.11.2014,
https://www.ecogood.org/sites/default/files/meldungen/a_corporate_balance_ft-1.pdf (01.12.2015).
- Felber, Christian (2014). Die Gemeinwohl-Ökonomie. 3. überarbeitete Neuauflage. Deuticke: Wien.
Gemeinwohl-Ökonomie (2012). Gemeinwohl-Ökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft,
<https://www.ecogood.org/> (01.12.2015).
- Gemeinwohl-Ökonomie (2015). Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie
<https://www.ecogood.org/allgemeine-infos/idee/vorschlaege-der-gemeinwohl-oekonomie> (01.12.2015).
- Gemeinwohl-Matrix 4.1 (2013):
<https://www.ecogood.org/sites/default/files/content/matrix41.png> (01.12.2015).

Solidarische Ökonomie – Menschen im Mittelpunkt

Steckbrief

Solidarische Ökonomien sind häufig lokale alternative Formen des Wirtschaftens, in denen Menschen in basisdemokratischer und bedürfnisorientierter Form ökonomische Belange in die eigene Hand nehmen.

VertreterInnen: Viele AkteurInnen

Perspektive: Lokal bis global

Ansatz: Vorwiegend selbstorganisiert

Es gibt ein breites Spektrum an alternativen Wirtschaftsformen, die **menschliche Bedürfnisse ins Zentrum** ihrer Tätigkeit stellen. Unter der Prämisse, dass die Ökonomie für die Menschen da ist, arbeiten Menschen in der Solidarischen Ökonomie nicht für den Gewinn. „Solidarisch“ bedeutet, dass sich die Wirtschaftsaktivitäten an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren und ihnen **Nutzen stiften** sollen. Solidarität steht in der Solidarischen Ökonomie im Gegensatz zu Konkurrenz. Solidarität meint auch die Berücksichtigung zukünftiger Generationen und damit die Erhaltung der Natur. So beschriebene alternative Wirtschaftsformen werden unter dem Dachbegriff Solidarische Ökonomie zusammengefasst. Eine klare Definition, was solidarisch wirtschaften bedeutet, gibt es nicht, aber es lassen sich einige gemeinsame Charakteristika beschreiben.

Es geht um die Menschen und ihre Bedürfnisse, nicht um Konkurrenz, Gewinnmaximierung und Wachstum.

*Elisabeth Voss,
Freie Publizistin*

Häufige Merkmale von solidarischen Wirtschaftsformen:

- Sie leisten einen **Beitrag zum Lebensunterhalt**;
- sind **selbstverwaltet**, das bedeutet, die Produktionsmittel befinden sich im kollektiven Eigentum;
- bauen auf **Kooperation**, das heißt Entscheidungen werden gemeinsam getroffen;
- stellen eine **solidarische Beziehung zur Gesellschaft** her, z. B. durch übergeordnete Verbände und Plattformen (Exner, 2012).

Die Formen des solidarischen Wirtschaftens setzen ein gemeinsames Leitbildverständnis voraus: dass alle Menschen das Recht haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu allem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig brauchen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können (Voss, 2010). In anderen Worten geht es um: „Nutzen statt besitzen“, „Beitragen statt Tauschen“, „Teilen statt Kaufen“.

Der Begriff Solidarische Ökonomie ist sehr breit zu verstehen und Teil des Aushandlungsprozesses aller Beteiligten. Es kann sich um theoretische Konzepte handeln oder um praktische Projekte. Die Palette reicht

von selbstverwalteten Betrieben, lokalen DirektvermarkterInnen, Tauschringen und fairem Handel über Genossenschaften, Ökodörfer, Regionalwährungen, Garten- oder Wohnraumprojekte, Urban Gardening bis hin zu Open-Source-Projekten und gemeinschaftlich organisierten Gesundheits-, Kultur-, und Bildungseinrichtungen. Manchmal sind solidarische Ökonomien in kapitalistische Marktstrukturen eingebettet, manchmal lehnen sie den Markt dezidiert ab und verstehen sich als Alternative zum Kapitalismus. Meistens sind solidarische Wirtschaftsaktivitäten auf der lokalen Ebene angesiedelt. Es kann aber auch sein, dass größere räumliche Distanzen überwunden werden, z. B. beim fairen Handel.

Ursprünglich kommt der Begriff Solidarische Ökonomie **aus Südamerika**. Der Chilene Luis Razeto Migliaro hat in den 1980ern versucht zu verstehen, wie arme Menschen, die sich zu kleinen Selbsthilfeunternehmen zusammenschlossen, trotz ihres Mangels an Ressourcen und ihrer schwachen sozialen Position wirtschaftlich erfolgreich sein können. Razeto beschrieb ihre Erfolgsfaktoren anhand des „Faktor C“ – Companerismo (Freundschaft), Cooperación (Zusammenarbeit), Comunidad (Gemeinschaft), ComUnion (Einheit in der Vielfalt), Colectividad (Kollektivität), Carisma (Charisma), Compartir (Teilen).

Wegen der ökonomischen Krise der 1980er erlebte die Solidarische Ökonomie vor allem in **Brasilien** einen enormen Aufschwung. 2003 gründete die Brasilianische Regierung ein eigenes **Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie**, mit dem Ziel, solidarische Aktivitäten im ganzen Land zu kartieren, um sie mit Förderungen gezielt unterstützen zu können. Heute ist die Solidarische Ökonomie in vielen südamerikanischen Ländern weit verbreitet – im politischen und wissenschaftlichen Diskurs ebenso wie in der Praxis. **Im deutschen Sprachraum** sind die ersten solidarökonomischen Wurzeln in der Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts zu finden. Damals schlossen sich Menschen zur wirtschaftlichen Selbsthilfe beispielsweise in Form von Konsum-, Kredit- oder Wohnbaugenossenschaften zusammen, um den negativen Auswirkungen der Industrialisierung zu entkommen. Obwohl als basisdemokratische Bewegung begonnen, haben viele heutige zentralistische Genossenschaftsstrukturen (wie z. B. der Raiffeisenverband) wenig mit solidarischen Ökonomieformen zu tun. Das südamerikanische Konzept der Solidarischen Ökonomie wurde durch Wissenschaftler, wie beispielsweise **Elmar Altwater**, bekannt gemacht. 2006 fand in Berlin ein erster Kongress zu Solidarischen Ökonomien statt, dessen Wellen 2009 in einem Kongress in Wien mündeten. Der letzte Wiener Kongress Solidarische Ökonomie fand im Februar 2013 statt. Der aktuelle Popularitätsgewinn hat zur Gründung von Kritischen Solidarischen Universitäten in Deutschland und Österreich geführt.

Öffentliche Aufmerksamkeit haben die solidarische Bewegung und die damit eng verwandte Debatte über **Gemeingüter („Commons“)** auch durch die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an **Elinor Ostrom** bekommen. Ostrom forschte zu Gemeingütern und deren schonender Nutzung jenseits von Staat und Privateigentum. Commons sind durch eine langfristige, gemeinschaftliche Nutzung und Organisation einer Ressource gekennzeichnet und befinden sich nicht im Eigentum einer einzigen, sondern mehrerer Personen. Die Ressourcen werden abseits der Marktlogik von einem definierten NutzerInnenkreis nach gemeinsam ausgehandelten Regeln selbst verwaltet, genutzt und gestaltet. Dies ermöglicht soziale Partizipation und Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Da sie außerhalb von den Sphären Markt und Staat unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sichern sie auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen. Commons werden somit als zentrales Element eines Wirtschaftssystems angesehen, welches nicht zwangsläufig auf Wachstum angewiesen ist.

Beispiele von solidarischem Wirtschaften sind heute immer noch – oder wieder – häufig **im Bereich Ernährungssouveränität** zu finden. Im Zuge der Diskussionen über Peak Oil und Klimawandel lancieren Landwirtschaft und Ernährung wieder zu existentiellen Themen. Das Spektrum von solidarischen Wirtschaftsformen im Ernährungsbereich beginnt bei **Food-Coops**, in denen sich Menschen zusammenschließen, um regionale und biologische Lebensmittel einzukaufen. In dieser Art von Einkaufsgenossenschaft übernehmen die Mitglieder auch Arbeit, wie z. B. das Verteilen oder Verrechnen der Ware. Durch die Ausschaltung des Zwischenhandels kann hohe Qualität zu niedrigen Preisen angeboten werden. Einen Schritt weiter geht das Konzept des gemeinsamen Landwirtschaftens, CSA – **community supported agriculture** genannt. Ein österreichisches Beispiel dafür ist der Ochsenherz Gärtnerhof in Gänserndorf. Der gemeinschaftlich getragene Demeter-Landwirtschaftsbetrieb ist darauf ausgerichtet, einen Kreis von etwa 200 Menschen mit Gemüse zu versorgen, die dafür im Gegenzug die Ausgaben des Gemüseanbaues übernehmen (Exner, 2012).

Weiterführende Quellen und Links

Exner, Andreas und Kratzwald, Brigitte (2012). Intro Solidarische Ökonomie & Commons. Mandelbaum: Wien.

Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012). Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Transcript: Bielefeld.

Helfrich, Silke; Kuhlen, Rainer; Sachs, Wolfgang; Siefkes, Christian (2010): Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.).

SÖ (2012). Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie, <http://www.solidarische-oekonomie.de/> (01.12.2015).

Voss, Elisabeth (2010). Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich. NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.: Dortmund.

Feministische Perspektive und (Re)Produktivität

Steckbrief

Aus einer feministischen Perspektive wird angestrebt, das Ganze des (Re)Produktionsprozesses in den Blick zu nehmen, sodass auch die Produktivität der Natur und Tätigkeiten abseits von Erwerbsarbeit gesellschaftliche Anerkennung finden.

VertreterInnen: Adelheid Biesecker, Sabine Hofmeister, Frigga Haug

Perspektive: lokal

Ansatz: wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich

Aus feministischer Perspektive werden die vielfältigen sozialen und ökologischen Krisen als Resultat der industriekapitalistischen Marktökonomie gesehen, die durch eine **Trennung von „Produktion“ und sog. „Reproduktion“** gekennzeichnet ist. Diese Trennung ergebe sich dadurch, dass im ökonomischen Bewertungsprozess nur das als produktiv und daher als gesellschaftlich anerkannt gilt, was einen Marktwert hat. Gleichzeitig stellt die Nutzung der ökologischen Natur und der sozialen Sphäre eine fundamentale Voraussetzung für das Funktionieren ökonomischer Prozesse dar.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Konzept **Vorsorgendes Wirtschaften** zu nennen, das zu Beginn der 1990er Jahre aus einer feministischen Kritik an der Diskussion um nachhaltiges Wirtschaften entstanden ist. Die geschlechtshierarchische Trennung zwischen Produktion und Reproduktion lasse alles, was nicht auf oder für den Markt geschieht, unsichtbar, wertlos oder unproduktiv erscheinen. Bei dieser Ausgrenzung oder **Externalisierung** handle es sich nicht um Marktversagen, sondern um ein „Prinzip“, welches die Basis für kapitalistisches Wirtschaften darstelle. Diese systematische Blindheit der Ökonomie gegenüber ihren eigenen Grundlagen wird gemeinsam mit der immanenten Maßlosigkeit der Kapitalverwertung als Ursache der sozial-ökologischen Krise betrachtet.

Das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften nimmt hingegen „das Ganze der Ökonomie“ in den Blick, wodurch auch die Produktivität der Natur und Tätigkeiten außerhalb von Erwerbsarbeit gleichwertig gesellschaftlich anerkannt und bewertet werden. Drei Prinzipien sind dabei im Konzept Vorsorgendes Wirtschaften handlungsleitend:

- **Vorsorge** (statt Nachsorge) bezieht sich auf das Sorgen von Menschen um sich und andere, die natürliche Mitwelt sowie zukünftige Generationen. Durch das Sorgen um die Zukunft ergibt sich die Vorsorge in der Gegenwart.

Natur und sozial weibliche Arbeit werden nicht bewertet, aber gebraucht, denn die Wirtschaft hängt vollständig von ihnen ab. Ihre Leistungen werden unbezahlt angeeignet. Und gerade das ist es, was ökologische und soziale Krisen systematisch hervorruft.

*Adelheid Biesecker,
Netzwerk Vorsorgendes
Wirtschaften*

- **Kooperation** (statt Konkurrenz) beschreibt ein kooperatives Wirtschaften, welches durch einen gemeinsamen Verständigungsprozess die Suche nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen ermöglicht.
- **Orientierung am für das gute Leben Notwendigen** (statt an Profit und Wachstumsraten) rückt die Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten in den Fokus, anstatt der Maximierung von individuellen Nutzen- und Gewinnvorstellungen. Dieses Prinzip verdeutlicht, dass gesellschaftliches Wohlbefinden nicht allein durch monetäre Werte bestimmt wird.

Durch die Berücksichtigung dieser drei Bereiche werden im Konzept Vorsorgendes Wirtschaften die soziale und ökologische Dimension mit der ökonomischen verknüpft. Genau betrachtet werde die Ökonomie (wieder) in ihre lebendigen Grundlagen „eingebettet“.

Auch in der von Frigga Haug entwickelten **Vier-in-einem-Perspektive** (4 in 1) ist die Trennung und damit hierarchische und geschlechts-spezifische Anordnung von Produktions- und Reproduktionstätigkeiten Ausgangspunkt. Haug zufolge können Geschlechterverhältnisse nicht unabhängig von Produktionsverhältnissen betrachtet werden. In der Vier-in-einem-Perspektive steht die Veränderung des gesellschaftlichen Zeitregimes im Mittelpunkt. Das Konzept sieht vor, dass die vier Bereiche Erwerbsarbeit, Reproduktion, Kultur und Politik den gleichen Stellenwert im Leben von Menschen haben. Eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit würde den nötigen Raum dazu schaffen, um auch genügend Zeit für Familienarbeit, politisch-gesellschaftliche Teilhabe und "Arbeit an sich selbst" zu haben. Haug zeigt anhand ihres Konzepts, wie diese vier Säulen zusammengeführt werden können und sich emanzipatorisch-gesellschafts-verändernd auswirken.

Weiterführende Quellen und Links

Biesecker, Adelheid et al. (2000). Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine.

Haug, Frigga (2011). Die Vier-in-einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg., 2013). Wege Vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg: Metropolis.

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften:

<http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/> (01.12.2015)

Transition Bewegung – Aufbruch ins Post-Öl-Zeitalter

Steckbrief

Unter der Transition Bewegung werden Gruppen von engagierten BürgerInnen verstanden, die sich in Städten und Gemeinden zusammenschließen, um in Reaktion auf den Klimawandel und Peak Oil ihren CO₂ Fußabdruck zu minimieren und ihre Resilienz gegenüber einem von Erdölknappheit ausgelösten Versorgungsdefizit zu erhöhen.

VertreterInnen: Rob Hopkins, Naresh Giangrande, Louise Rooney

Perspektive: Lokal, regional

Ansatz: Zivilgesellschaftlich

Auf der Suche nach Antworten auf den **Klimawandel** und **Peak Oil**, versuchen Transition Communities den Übergang zu einer resilienten autarken Gesellschaft aktiv zu gestalten. Ihr Ziel ist es, sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu lösen und mit einem geringen CO₂ Fußabdruck zu leben. Sie selbst sehen sich als „soziales Experiment“ und auf dem Weg des Lernens. Diese Gemeinschaften wollen nicht auf das Handeln von Regierungen, Politikern und anderen Institutionen warten, sondern selbst aktiv werden. Regierungen bräuchten zu lange, Individuen könnten zu wenig ausrichten, als Gemeinschaft „it might be just enough, just in time“.

Der Begriff „Transition Movement“ stammt aus Irland und Großbritannien, wo die Idee der Transition als Weiterentwicklung des Permakulturkonzepts geboren wurde. Die ersten Transition Towns entstanden in Kinsale (Irland) und Totnes (England) um 2005, unter der Initiative von Rob Hopkins. Hopkins hat 2008 als 12-Stufen-Anleitung für weitere Transition Initiativen das *Transition Handbook* veröffentlicht. Unterstützt durch das 2007 gegründete **Transition Network** breitet sich die Bewegung um den gesamten Globus aus. Heute gibt es Transition Initiativen in den USA, in Thailand, Indien, Nigeria, Brasilien und in Österreich, aber auch in vielen anderen Ländern.

Alle Initiativen teilen als Ziel den Übergang von energieabhängigen zu lokal agierenden resilienten Gemeinschaften. Unter **Resilienz** versteht man die Widerstandsfähigkeit einer lokalen Gesellschaft gegenüber externen Störungen, wie zum Beispiel einem durch Erdölmangel ausgelösten Versorgungsdefizit. Aufgrund der billigen Verfügbarkeit von Erdöl konnte in den letzten Jahrzehnten unser Lebensstandard massiv erhöht werden; andererseits ist unser Alltagsleben stark von Erdöl abhängig – sei es für Transport und Heizung, oder als Rohstoff für Kunststoffe, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Medikamente und vieles mehr. Die große Frage für die Anhänger von Transition Towns ist, wie

Transition doesn't wait for permission to get started, it is about ordinary people making things happen within a bigger strategic context
Rob Hopkins,
Mitbegründer der
Transition Towns

Menschen weiterhin gut (oder besser!) leben können, wenn die Ölquellen versiegen, auf die unser heutiger Wohlstand gebaut ist. Die Transition Communities suchen nach Antworten auf diese Frage. Dabei geht es ihnen nicht darum, Menschen in Panik zu versetzen, sondern vielmehr die Chance zu erkennen, das Leben selbst in die Hand zu nehmen und zukunftsfähig umzugestalten.

Die Transition Bewegung liefert keine vorgefertigten Lösungen. Sie sieht sich als anstoßgebend und als Beschleunigerin. Die konkreten Ideen und Projekte werden von den Communities selbst in einem offenen, kreativen Prozess entworfen. Wichtig ist, dass **lokale Strukturen** gefördert werden, was je nach Initiative andere Formen annimmt: Selbstversorgung durch Nahrungsmittelanbau, lokale Währungen, Solarpaneele, lokale Energieunternehmen oder Energiesparpläne. In Totnes, der ersten Transition Town, wurden viele Aktivitäten umgesetzt, zum Beispiel die Gründung einer Regionalwährung, dem „Totnes Pfund“, oder Ausbildungsprojekte, bei denen alte Reparatur- und handwerkliche Fähigkeiten wiedererlernt werden, Trainingskurse für Energieeinsparungen und das Ausarbeiten eines Energiewende-Aktionsplans, ein gemeinschaftliches Gartenprojekt sowie Projekte zur Regionalisierung des Nahrungsmittelhandels.

Die Transition Bewegung ist vielfältig und von den Individuen der jeweiligen lokalen Gemeinschaft getragen. Sie ist eine Grassroots-Bewegung, die die Antwort auf Klimawandel und Peak Oil darin sieht, die Gesellschaft in einer optimistischen und kreativen Weise erdölunabhängig und resilient zu gestalten.

Weiterführende Quellen und Links

Hopkins, Rob (2008). The transition handbook. From oil dependency to local resilience. Green Books: Totnes.

Rob Hopkins on TED talks,

http://www.ted.com/talks/rob_hopkins_transition_to_a_world_without_oil.html (01.12.2015).

Transition Network (2012). Transition Network,

<http://www.transitionnetwork.org/> (01.12.2015).

Transition Austria (2012). Transition Austria,

<http://transitionaustria.ning.com/> (01.12.2015).

Transition Initiativen (2012). Transition Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz,

<http://www.transition-initiativen.de/> (01.12.2015).

Neue Formen der Messung von Wohlstand und Fortschritt

Steckbrief

Wie hängen Wirtschaftswachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden zusammen? Verbessert sich unsere Lebenssituation überhaupt noch? Ist unser Wohlstand nachhaltig? Verschiedene Initiativen stellen sich diese und ähnliche Fragen, um herauszufinden, wie gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand umfassender gemessen werden kann als mit dem BIP.

VertreterInnen: EC, OECD, statistische Ämter

Perspektive: National, EU, international

Ansatz: Politisch und wissenschaftlich

Die folgenden Beschreibungen sind beispielhafte politiknahe Initiativen, die das gemeinsame Ziel verfolgen, Wohlstand und Fortschritt umfassender zu erfassen, zu messen und auf dieser Basis Politikempfehlungen vorzuschlagen.

Beyond GDP

Das Ziel der von der Europäischen Kommission ausgehenden Initiative ist es, zu bestimmen, welche Indikatoren am ehesten geeignet sind, um Fortschritt zu messen und wie diese in Entscheidungsfindungsprozesse und öffentlichen Debatten integriert werden können. Der zweite große Meilenstein nach der Konferenz *Beyond GDP* Ende 2007 ist die Mitteilung der Europäischen Kommission *Das BIP und mehr* vom Sommer 2009. Die Mitteilung skizziert einen konkreten Fahrplan in fünf Schlüsselaktionen für die Entwicklung von neuen Fortschrittsindikatoren, die gemeinsam mit dem BIP verwendet werden können. Dazu gehören zB hochaggregierte soziale und ökologische Indikatoren in Beinahe-Echtzeit oder eine genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten. In einem 2013 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Staff Working Document „Progress on ‚GDP and beyond‘ actions“ wurden die bisherigen Umsetzungsschritte ermittelt. Dem Bericht zufolge konnten insbesondere im Bereich von aggregierten Umweltindikatoren, Indikatoren zu Lebensqualität und sozialen Aspekten, sowie der Aktualität von Schlüsselindikatoren im Bereich Umwelt Fortschritte erzielt werden. Im März 2014 hat der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments das Briefing „Measuring well-being and progress: Looking beyond GDP“ publiziert, welches neben einem kurzen Überblick über objektive und subjektive Indikatoren auch die Messung von Fortschritt und Wohlbefinden auf verschiedenen Ebenen (EU, Mitgliedsstaaten, international) erörtert.

www.beyond-gdp.eu/de

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission

Der vormalige französische Präsident Nicolas Sarkozy richtete 2008 eine hochrangige *Kommission zur Messung von wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt* ein, die von der Nobelpreisträgerin Joseph Stiglitz und Amartya Sen und von Jean-Paul Fitoussi geleitet wurde. Im Rahmen von drei Arbeitsgruppen wurden Fragen der klassischen Messung des BIPs, von Lebensqualität und Nachhaltigkeit bearbeitet. Die Kommission hat als Hauptergebnis einen Bericht über den aktuellen Stand der Forschung in diesen drei Bereichen der Messung im September 2009 präsentiert und zwölf politische Empfehlungen ausgesprochen, die seither vom französischen statistischen Amt INSEE umgesetzt werden. Zu den Empfehlungen zählen z. B. eine stärkere Betrachtung von Haushalten, von Verteilungsaspekten (Einkommen, Vermögen und Konsum) und von physischen Umweltindikatoren. Die OECD bietet das internationale Forum zur Weiterführung der Diskussion.

Mit dem 2009 erschienen Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi (SSF) Kommission hat die verbesserte Messung von Fortschritt, Wohlstand und Wohlergehen in der EU und vielen Ländern einen wichtigen Impuls erhalten. Ausgehend von den Empfehlungen dieser Kommission (Stiglitz et al., 2009) entstanden viele Versuche, die Wohlstandsmessung über die Ermittlung des BIP hinaus auszuweiten.

www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm

Unter der Schirmherrschaft der OECD wurde mit der *High Level Expert Group on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* (HLEG) im Mai 2013 auch eine Nachfolge der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission eingesetzt. Unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz, Jean-Paul Fitoussi und Martine Durand soll die HLEG für derzeitige Initiativen zur Messung von Wohlbefinden und Fortschritt Impulse und Orientierungshilfe geben. Die Schwerpunkte der HLEG liegen in den vier Themenbereichen Einkommens- und Vermögensungleichheit, multidimensionale und globale Ungleichheiten, multidimensionales subjektives Wohlbefinden, sowie Nachhaltigkeit. Die HLEG ist auf drei Jahre angelegt, ein Synthesereport wird für Mitte 2016 erwartet.

www.oecd.org/statistics/measuring-economic-social-progress

Measuring the Progress of Societies

Das globale Projekt *Measuring the Progress of Societies* wurde 2008 ins Leben gerufen, um die Entwicklung von ökonomischen, sozialen und Umweltindikatoren zu fördern mit dem Ziel, ein umfassenderes Bild über gesellschaftlichen Fortschritt zu erhalten. Das Projekt wird von der OECD gehostet und zielt vorwiegend darauf ab, die Verwendung von Indikatorensets als Basis für evidenz-basierte Entscheidungsfindung zu fördern. Das Projekt ist sozusagen ein Netzwerk von Netzwerken, das globale AkteurInnen verbindet, die an einer besseren Wohlstands- und Fortschrittmessung arbeiten, z. B. statistische Ämter, öffentliche und private Organisationen und WissenschaftlerInnen. **Wikiprogress** ist die Online-Plattform des Projekts. Im Rahmen des **OECD World Forum** treffen sich AkteurInnen, um Zwischenbilanz zu ziehen und neue Entwicklungen voranzuschieben. Die Foren fanden 2004 in Palermo, 2007 in Istanbul, 2009 in Busan (Korea) und 2012 in Neu Delhi statt; das 5. OECD World Forum fand 2015 in Mexiko statt.

www.oecd.org/statistics/measuring-well-being-and-progress.htm

OECD Better Life Initiative

Die *Better Life Initiative* gilt als ein OECD Eigenbeitrag zur Initiative *Measuring the Progress of Societies*. Der 2013 zum zweiten Mal erschienene OECD Bericht **How's Life** analysiert in weltweit 40 Ländern elf Lebensbereiche, die für Wohlbefinden ausschlaggebend sind, z.B. Wohnen, Arbeit, Umwelt und Zufriedenheit. Aufbauend auf dieser Analyse wurde der **Your Better Life Index** entwickelt, ein interaktives webbasiertes Tool, welches es NutzerInnen ermöglicht, gemäß ihren Präferenzen einen eigenen Index zu erstellen und diesen dann mit anderen Ländern zu vergleichen. Der Index wurde im Mai 2011 vorgestellt und soll Antworten auf die Frage geben, was den Menschen im Leben wie wichtig ist. Er basiert auf 20 Einzelindikatoren und lässt sich derzeit für 36 Länder berechnen. Der Index wird laufend aktualisiert und mit aktuellen Daten und neuen Indikatoren verbessert und die Länderabdeckung erweitert. Seit 2014 wird von der OECD auch ein Indikator zur Verfügung gestellt (**OECD Regional Well-Being**), der anhand von acht verschiedenen Bereichen die Lebensqualität auf regionaler Ebene misst. Anhand eines Webtools können NutzerInnen ermitteln, wie ihre Region in Bezug auf z. B. Bildung, Umwelt oder Sicherheit abschneidet und das Ergebnis dann mit anderen OECD-Regionen vergleichen.

www.oecdbetterlifeindex.org

Ein weiterer wichtiger Beitrag der OECD zur Messung von Fortschritt und Wohlbefinden stellt die Initiative „**New Approaches to Economic Challenges**“ (**NAEC**) dar. Dieses Vorhaben kann als Maßnahme gesehen werden, den analytischen Rahmen der OECD zu erweitern und die politischen Handlungsempfehlungen zu verbessern. Ein Schwerpunkt von NAEC liegt in der Ursachenanalyse der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte aufgezeigt hat. Neben einem Bericht zu den Ursachen der Krise („Origins of the Crisis: drawing the big picture“) wurde 2015 der Endbericht veröffentlicht.

www.oecd.org/naec

Eurostat: Messung der Lebensqualität

Auch bei Eurostat hat die Messung von Lebensqualität in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, da langfristige Aspekte wie die Erhöhung von Wohlbefinden oder die Erhaltung der sozialen und natürlichen Umwelt als zentral angesehen werden. Auf Basis eines Berichts zum Thema „Messung von Fortschritt, Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung“ aus dem Jahr 2011 hat sich der Ausschuss für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) dazu entschieden, seine Arbeit auf die folgenden Bereiche zu fokussieren: mehrdimensionale Messung der Lebensqualität; Sicht der Privathaushalte und Verteilungsaspekte hinsichtlich Einkommen, Konsum und Vermögen; und ökologische Nachhaltigkeit. Was die Messung der Lebensqualität betrifft, wurde im Rahmen der EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions survey) 2013 ein Ad-hoc-Modul zur Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt, dessen Ergebnisse seit Juni 2015 vorliegen. Im Bereich ökologischer Nachhaltigkeit ist u.a. das im Dezember 2013 erstmals veröffentlichte Scoreboard zur Ressourceneffizienz zu nennen. Dieses umfasst 30 Indikatoren zur Ressourcennutzung und -effizienz in der EU.

ec.europa.eu/eurostat/web/gdp-and-beyond/overview

ec.europa.eu/eurostat/web/products-statistical-books/-/KS-05-14-073

Weltwirtschaftsforum: Index zu nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit

Im Global Competitiveness Report 2014–2015 berechnet das Weltwirtschaftsforum (WEF) zum ersten Mal einen Index zu nachhaltiger globaler Wettbewerbsfähigkeit (sustainability-adjusted global competitiveness index). Der bisherige Global Competitiveness Index misst die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft anhand eines Sets von Institutionen, Politikmaßnahmen und Faktoren, die die Produktivität beeinflussen. Der neu vorgestellte Index berücksichtigt nun auch Aspekte, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit (z. B. soziale Verwundbarkeit, sozialer Zusammenhalt, Nutzung erneuerbarer Energien und Umweltbelastungen) betreffen, um somit einen Indikator für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit bereitzustellen. Dem Bericht zufolge gibt es zwischen Wettbewerbsfähigkeit auf der einen, und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite keine Zielkonflikte. So schneiden Länder in der oberen Hälfte des Wettbewerbs-Rankings auch besser bezüglich Nachhaltigkeit ab.

www.weforum.org/content/pages/sustainable-competitiveness

Ökosoziales Europaradar

Das Ökosoziale Europaradar wurde von SERI im Auftrag des Ökosozialen Forums entwickelt und gibt einen Überblick, wie europäische Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales abschneiden. Neben dem regionalen OECD Better Life Index stellt das Ökosoziale Europaradar eines der wenigen Indikatoren dar, die Fortschritte im Bereich Lebensqualität und Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene (NUTS-2 Niveau) messen. Das entwickelte Indikatorenset untersucht ökonomische, soziale und ökologische Aspekte der Nachhaltigkeit auf vier verschiedenen Ebenen. Die Auswertung des Gesamtindex zeigt, dass skandinavische Länder tendenziell besser abschneiden als mitteleuropäische und Großbritannien. Süd- und osteuropäische Länder hingegen erreichen im Durchschnitt weniger Punkte. Dieses Gefälle zwischen Norden und Süden bzw. zwischen Westen und Osten lässt sich auch bezüglich der Bereiche Wirtschaft und Soziales wiederfinden. Für den Umweltaspekt lässt sich jedoch kein derartiges Muster finden.

www.oekosozial.at/index.php?id=14133

Zusätzlich dazu bietet das Ökosoziale Energie.Europaradar einen Überblick über spezifische energiebezogene Indikatoren. So kann die Klimatauglichkeit einzelner europäischer Regionen anhand eines Indikatorensets abgelesen werden; ausgewählte Einzelindikatoren geben darüber hinaus Aufschluss über die spezifische regionale Situation sowie Handlungserfordernisse bezüglich Energie- und Klimapolitik.

www.oekosozial.at/index.php?id=14176

Enquete-Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

2011 setzte der Deutsche Bundestag auf Impuls der SPD und der Grünen hin die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ein. Diese hatte zur Aufgabe, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt auszuloten. Das Gremium setzte sich aus 17 Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen und der gleichen Anzahl von externen ExpertInnen zusammen. Nach insgesamt 31 Sitzungen legte die Enquete-Kommission im Juni 2013 dem Bundestag ihren Abschlussbericht vor und beendete ihre Arbeit. Viele Fragen sind darin noch offen geblieben, was sich nicht zuletzt auf die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien zurückführen lässt. Ein konkretes Ergebnis ließ sich aber hinsichtlich der Entwicklung eines neuen Wohlstands- und Fortschrittsmaßes erzielen: Die aus insgesamt 20 Variablen bestehenden W³ Indikatoren sollen alternativ zum BIP darüber informieren, wie es in Deutschland um Wohlstand und Lebensqualität steht. Neben der Dimension „Materieller Wohlstand“ sollen auch die Wohlstands-Dimensionen „Soziales/Teilhabe“ und „Ökologie“ in den Blick genommen werden. Bisher wurde diese Empfehlung jedoch noch nicht in die politische Praxis umgesetzt.

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission

Wie geht's Österreich?

2012 wurde in Österreich von Statistik Austria eine Initiative zur Messung von Wohlstand und Fortschritt ins Leben gerufen, welches in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Indikatoren vorlegt. Diese sollen aufzeigen, wie Österreich in den drei Bereichen „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „umweltorientierte Nachhaltigkeit“ abschneidet. Ende 2015 ist der bislang dritte „Wie geht's Österreich?“-Bericht der Statistik Austria erschienen.

www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich

Österreich: Mehr als Wachstum

Im Jahr 2012 wurde im Auftrag des Wirtschaftsministeriums der Bericht „Mehr als Wachstum“ vom WIFO veröffentlicht. In dieser Studie wurden die Indikatoren des OECD Better Life Index um weitere, speziell für Österreich relevante Indikatoren ergänzt, welche auf Basis von Umfragen in der österreichischen Bevölkerung ermittelt wurden. Dieser erweiterte Index für Österreich wurde sowohl für Österreich, als auch andere ausgewählte OECD-Länder berechnet. Zudem erfolgte eine Berechnung von disaggregierten Indizes für Bevölkerungsgruppen nach bestimmten sozioökonomischen Merkmalen (z.B. Geschlecht, Alter).

www.wifo.ac.at/publikationen?detail-view=yes&publikation_id=45900

MONE: Monitoring nachhaltiger Entwicklung in Österreich

Im Zuge der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung 2002 wurde das Indikatorenset MONE entwickelt, um eine umfassende Bewertung nachhaltiger Entwicklung in Österreich zu ermöglichen. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte in einem breiten partizipativen Prozess. Seit 2007 wird alle zwei Jahre ein Bericht veröffentlicht, der die Entwicklung der „Indikatoren für das Monitoring Nachhaltiger Entwicklung in Österreich“ untersucht. Die letzte Aktualisierung erfolgte im Jahr 2015. Das Indikatorenset umfasst insgesamt 82 Kennzahlen, die 26 Themenfeldern zugeordnet sind, darunter Frieden und Sicherheit, Ernährung, Arbeit, Landschaft, Boden oder Wasser. Durch den modularen Aufbau ist es auch möglich, Teilbereiche wie beispielsweise die Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Umweltentwicklung zu analysieren. Dazu wurden bereits verschiedene Indikatorenberichte veröffentlicht.

www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/monitoring_bewertung/Monitoring.html

Messung von subjektivem Wohlbefinden in Großbritannien

Der britische Premierminister David Cameron hat Ende 2010 das britische statistische Amt ONS mit der Messung von subjektivem Wohlbefinden in Großbritannien beauftragt. ONS ist damit befasst, Fragen zu subjektivem Wohlbefinden in den Integrated Household Survey (der größten nationalen Erhebung von sozialen Daten nach dem Zensus) aufzunehmen. Der Prozess hat mit einer öffentlichen Konsultation begonnen, um herauszufinden, welche Lebensbereiche und Faktoren besonders zum Wohlbefinden der britischen Bevölkerung beitragen. Auf dieser Basis wurde innerhalb von zehn Lebensbereichen ein Set von 41 Indikatoren entwickelt, die sowohl objektive als auch subjektive Daten umfassen. Seit 2013 wird der Bericht „Life in the UK“ jährlich veröffentlicht und bietet einen Überblick, wie sich verschiedene Aspekte von Wohlbefinden in Großbritannien (und auch im internationalen Vergleich) darstellen. Zudem wird den NutzerInnen eine Vielzahl von interaktiven Web-Tools zur Verfügung gestellt. Schlussendlich sollen die Ergebnisse im Zeitverlauf zeigen, ob sich das Leben der Menschen verbessert hat und dazu beitragen, Politikmaßnahmen zu gestalten, die das Wohlbefinden erhöhen.

www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/index.html

Italien: Initiative zur Messung von Fortschritt

2010 wurde vom nationalen Statistikinstitut (Istat) und dem Nationalen Rat für Wirtschaft und Arbeit (CNEL) eine Initiative zur Messung von Fortschritt der italienischen Bevölkerung ins Leben gerufen. Die sog. „Steering Group on the Measurement of Progress in Italian Society“ besteht aus FirmenvertreterInnen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Der von diesem Gremium entwickelte multi-dimensionale Rahmen zur Messung von „equitable and sustainable well-being“ basiert auf der Einbindung von ExpertInnen, zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und BürgerInnen, die durch (Online-)Umfragen zu für sie wichtige Aspekte des Wohlbefindens befragt wurde. 2014 ist bereits zum zweiten Mal ein umfassender Bericht erschienen, der fundamentale Dimensionen von Wohlbefinden und Fortschritt anhand von 12 Bereichen und 134 Indikatoren analysiert. Im selben Jahr wurden auch erstmals verschiedene Indikatoren zur Lebensqualität in städtischen Regionen berechnet.

www.misuredelbenessere.it/index.php?id=48

Findicator: ein Indikatorenset für sozialen Fortschritt

Findicator ist ein gemeinsames Projekt des finnischen Premierministerbüros und des finnischen statistischen Amtes. Es werden online laufend aktuelle Daten, Grafiken, Tabellen und Analysen von ca. 100 Indikatoren für sozialen Fortschritt zur Verfügung gestellt. Findicator verfolgt dabei vier Ziele: Informationen über die soziale Entwicklung in Finnland zur Verfügung zu stellen, die Verfügbarkeit und den Zugang zu Informationen in diesem Kontext zu verbessern, die evidenzbasierte Entscheidungsfindung zu unterstützen und die Verbindung zu ähnlichen internationalen Informationsquellen herzustellen. Seit 2013 werden den NutzerInnen auch eine Reihe spezifischer Indikatoren zum Themenbereich Nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt.

www.findikaattori.fi/en

Die Messung des Bruttonationalglücks in Bhutan

Der 4. König von Bhutan hat 1972 **Gross National Happiness** (GNH) als oberstes Ziel der nationalen Politik ausgerufen. 2008 erhielt GNH Verfassungsrang; die Idee reicht allerdings viel weiter zurück. Bereits 1729 wurde in einem Gesetzbuch geschrieben, "if the Government cannot create happiness for its people, there is no purpose for the Government to exist."² GNH ist ein multidimensionales Konzept, das nicht nur subjektives Wohlbefinden und Glück umfasst, sondern z.B. auch ein sich Sorgen um die Mitmenschen und die Natur. Der Fortschritt in Richtung eines höheren Bruttonationalglücks wird anhand des **GNH Index** gemessen. Der Index umfasst neun Dimensionen – psychologisches Wohlbefinden, die Verwendung von Zeit, die Vitalität der Gesellschaft, kulturelle Diversität, ökologische Resilienz, Lebensstandard, Gesundheit, Bildung und Good Governance – die mit Hilfe von 33 aggregierten Indikatoren messbar gemacht werden. Nach einer Pilotphase, die 2006 begonnen hat, wurde 2010 die erste landesweite Umfrage durchgeführt. Demnach sind 10,4% der BhutanesInnen "unhappy", 47,8% "narrowly happy", 32,6% "extensively happy"; und 8,3% "deeply happy". Die Umfragedaten können so aufgeschlüsselt werden, dass klar wird, welche Bevölkerungsgruppen in welchen Bereichen unglücklich sind. Auf dieser Basis soll es EntscheidungsträgerInnen ermöglicht werden, die Lebensbedingungen von weniger glücklichen Menschen zu verbessern.

www.grossnationalhappiness.com

2 zitiert nach: Ura, Karma, Alkire, Sabina, Zangmo, Tshoki, Wangdi, Karma (2012). A Short Guide to Gross National Happiness Index. The Centre for Bhutan Studies: Thimphu, Bhutan.

Synthese

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci hat einmal sinngemäß gesagt: Krise ist, wenn das Alte stirbt, und das Neue noch nicht geboren ist. Vor diesem Hintergrund könnte man die hier vorgestellten Alternativen als Bausteine des Übergangs bezeichnen. Des Übergangs von einem Wirtschaftssystem, das zu bröckeln beginnt, weil Grenzen immer deutlicher werden, beispielsweise in monetärer (Stichwort: Schuldenkrise) oder in umweltpolitischer Hinsicht (Stichwort: Klimakrise). Wenn der Mythos entzaubert wird, dass wir auf Dauer über unsere Verhältnisse leben können, stellt sich die Frage, was an dessen Stelle treten kann. Hierauf versuchen alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, wie die hier vorgestellten, Antworten zu geben.

Trotz der scheinbar unüberbrückbaren Denkausrichtungen und ideologischen Vorstellungen der unterschiedlichen Ansätze tauchen immer wieder ähnliche Ideen und Zielvorstellungen auf. Hinter allen Konzepten schimmert eine neue Qualität des Lebens und Zusammenlebens durch. Es geht im Kern um den Wunsch nach einem guten Leben und eine hohe Lebensqualität – nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und EnkelInnen und für Menschen, die heute von Armut betroffen sind.

In der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung der Ansätze sind aber klare Differenzen sichtbar: manche fordern, dass sich die Wirtschaft vom Wachstum emanzipiert, andere gehen noch weiter und meinen, die Wirtschaft müsse als Ganzes kontrolliert schrumpfen. Wieder andere nehmen an, dass ökologische und soziale Innovationen und veränderte Anreizstrukturen genügen, um den Wachstumsmotor und die damit erhoffte Wohlstandserhaltungs- und -vermehrungsmaschine in Richtung nachhaltige Entwicklung zu lenken.

Eine häufige Kritik an alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten ist, dass sich die vorgeschlagenen oder teilweise schon gelebten Utopien eines anderen, besseren Lebens nur in Nischen abspielen. KritikerInnen fragen: Ist es nicht utopisch zu glauben, dass derartige Ideen Gestaltungskraft auf breiter Basis entfalten können? Dem könnte entgegengehalten werden, dass sich Toleranz und Akzeptanz von neuen Ideen oft viel schneller einstellt als erwartet. Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, dass in irischen Pubs oder bayrischen Bierzelten nicht mehr geraucht wird? Oder 2007 ein Schwarzer US-Präsident wird? Oder InvestmentbankerInnen arbeitslos werden? Oder Facebook über 1 Milliarde NutzerInnen gewinnt?

Die Suche nach Alternativen hat also längst begonnen, noch vor einigen Jahren utopisch anmutende Formen des Wirtschaftens werden heute ernsthaft diskutiert. Und Beispiele wie die aus Bhutan, Bolivien und Ecuador zeigen, dass die Suche nach Alternativen nicht auf bereits wohlhabende Länder beschränkt ist. Es braucht aber nicht nur griffige Visionen, wie das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem von morgen ausschauen könnte. Sondern auch mutige Leute, die bereit sind, die vertrauten Pfade zu verlassen und sich auf den Weg dorthin zu machen. Erich Fromm beschreibt einen Wandlungsprozess in "Haben oder Sein" so:

"Sich nicht vorwärts zu bewegen, zu bleiben, wo man ist, zu regredieren, kurz, sich auf das zu verlassen, was man hat, ist eine sehr große Versuchung, denn was man hat, kennt man; man fühlt sich darin sicher, man kann sich daran festhalten. Wir haben Angst vor dem Schritt ins Ungewisse, ins Unsichere, und vermeiden ihn deshalb; denn obgleich der Schritt nicht gefährlich erscheinen mag, nachdem man ihn getan hat, so scheint doch vorher, was sich daraus ergibt, riskant und daher angsterregend zu sein. Nur das Alte, Erprobte ist sicher, oder wenigstens scheint es das zu sein. Jeder neue Schritt birgt die Gefahr des Scheiterns, und das ist einer der Gründe, weshalb der Mensch die Freiheit fürchtet. [...] Trotz dieser Sicherheit des Habens bewundern wir aber Menschen mit einer Vision von etwas Neuem, die neue Wege bahnen, die den Mut haben, voranzuschreiten".³

Obwohl wir Menschen dazu neigen, aus Erfahrung am Vertrauten und Bewährten festzuhalten, müssen wir erkennen, dass heutzutage jeder alte Schritt ebenso die Gefahr des Scheiterns in sich birgt. In diesem Sinne gilt es die Ärmel hochzukrempeln und sich den vielen couragierten AkteurInnen und GestalterInnen anzuschließen, die heute schon an zukunftsweisenden Strategien des Zusammenlebens und -wirtschaftens feilen. Auf den großen Wurf brauchen wir nicht zu warten. Viele kleine Puzzlesteine tragen heute schon dazu bei, den Wandel anzustoßen.

In diesem Dossier haben wir einige dieser Puzzlesteine zusammengetragen. Diese zeigen, wie vielfältig die Ansätze sind, um die Lebensqualität von Menschen zu erhöhen und dabei die ökologischen Grundlagen unseres Wirtschaftens zu erhalten. Diese Ansätze wurden in folgende Kategorien unterteilt: Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen; die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern; und die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken.

3 Fromm, Erich (1976). To Have or to Be. London, New York: Continuum, p.88.

In der wissenschaftlichen Debatte der letzten Jahre wurden auch einige Ansätze diskutiert, die in der ersten Ausgabe dieses Dossiers noch nicht behandelt wurden. Aus diesem Grund wurde in dieser Auflage zusätzlich auf kapitalismuskritische Ansätze, soziale Innovationen und mentale Infrastrukturen, sowie die feministische Perspektive mit Fokus auf (Re)Produktivität eingegangen.

Welchen Beitrag die im vorliegenden Dossier behandelten Ansätze für eine nachhaltige Gesellschaft leisten können, wird im Zukunftsdossier N° 4 behandelt. Unter dem Titel „Auf der Suche nach einem neuen Wohlstandsmodell“ wurden neun VertreterInnen verschiedener Ansätze interviewt. Es wurde dabei diskutiert, welche Lösungsansätze dazu beitragen können, um mit gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen Arbeit, Ressourcenverbrauch und Wettbewerbsfähigkeit umzugehen. Das Dossier wirft ein Blitzlicht auf mögliche Antworten zur Frage, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft anders gestaltet werden könnten, um sich in eine nachhaltigere Richtung zu entwickeln.